

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1931

27.11.1931 (No. 329)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung
mit
Industrie- und Handelszeitung
Gegr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Gegr. 1756

Chefredakteur und verantwortlich für den politischen u. wirtschaftspolitischen Teil: Dr. G. Brinner; für Baden, Salses u. Sporn: Fred. D. C. A.; für Deutschland und „Pyramide“: Karl J. J. J.; für Musik: A. R. u. d. o. l. p. b.; für Anzeigen: Dr. S. C. r. l. e. v. e. r., sämtlich in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Sprechstunde der Redaktion von 11 bis 12 Uhr. Berliner Redaktion: Dr. Pfeiffer, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 68. Tel.-Amt 2. Flora 3516. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck & Verlag „Concordia“ Zeitungs-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Geschäftsstellen: Kaiserstraße 208 und Karl-Friedrich-Str. 6. Fernspr. 13, 19, 20, 21. Postfachkonto: Karlsruhe 9547.

Preis: monatlich 2.10 M frei Haus. In Baden, Salses u. Sporn: monatlich 2.10 M. Durch die Post bezogen monatlich 2.10 M. Zusätzl. Postgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Abonnent keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht eingehender Zeitung. Abbestellungen werden nur bis zum 1. d. d. folgenden Monatslebens angenommen. Einzelverkaufspreis: Werttag 10 M. Sonntags- und Feiertagspreis: 15 M. Anzeigenpreise: die zeichnerische Anzeigenpreise oder deren Raum 3 M. Anzeigenpreis 1.25 M. an erster Stelle 1.50 M. Belegpreise: Familienanzeigen sowie Stellenanzeigen ermäßigt. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Abbestellung des Zahlungssteiles außer Kraft tritt. Zustellort und Erfüllungsort: Karlsruhe in Baden.

Die Hintergründe der Hessenverhaftungen.

In vollen Kürzen.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurde am Montag die Beratung der Anträge über den Wohnungsausschuß und der Neubausanträge abgeschlossen. Ein angenommener sozialdemokratischer Antrag ersucht die Regierung, den Wohnungsausschuß im Sinne der vom Reichstag beschlossenen Richtlinien zu fördern und entsprechende Hauszinsermittel bereitzustellen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat die Anträge über Beamtengehaltserhöhungen und der Sozialpolitischen Ausschuss die Lage der Sozialversicherung.

Die Bauleitung der R.S.D.A.P. Weimar teilt mit: Die wir zuverlässig erfahren, hat der Direktor des Reichslandbundes, von Sybel, am 24. November seinen Rücktritt zur R.S.D.A.P. erklärt. Auch der Direktor des medienbun- dlichen Landbundes, Dr. Wendhausen, M. d. N., und Landwirt Sieber, M. d. N., beide führende Mitglieder der Reichstagsfraktion der Landvolkpartei, sind zur R.S.D.A.P. übergetreten.

Der Polizeipräsident von Berlin hat den nationalsozialistischen Parlamentarier auf drei Monate verboten.

Der Reichspräsident des preussischen Landtags hat die sozialdemokratische Abg. Wittmoat vor- geschlagen.

Am preussischen Landtag kam es am Donner- stag während der Beratungen über die verkehrs- polizeilichen Bestimmungen zu heftigen Auseinandersetzungen. Bei der Einzel- besprechung der neuen Verkehrsordnungs- vorläufe richteten die Kommunisten sehr heftige Angriffe gegen die Regierungsparteien.

Bei der internationalen Abrüstungssta- gung in Paris richtete Frau Dr. Lüders eine eindring- liche Mahnung an die Franzosen der ganzen Welt, bei der Beilegung des Friedens mitzuwirken.

Die Lohnordnung im Ruhrbergbau ist nach einmündiger Schlichtungsbekanntmachung durch Schiedsgericht unverändert bis zum 31. De- zember 1931 verlängert worden.

Ein neuer Heins-Drösch-Prozess hat in Gelnhausen in der Pfalz begonnen.

Auf Befehl des Kammergerichts Berlin soll Rajewskienbogen wieder verhaftet werden.

Der Führer Minister von Budow hat nun- mehr eingesehen, das Gewehr eingebaut zu werden, durch das Frau von Drenth ge- tödtet wurde. Er besteht aber darauf, das Gewehr zu behalten. Den Selbstmord will er auf Veran- lassung seines Arbeitgebers angelegt haben. In der Wohnung der Geliebten des Führers hat man das Gewehr gefunden.

Am Donnerstag gegen 12.50 Uhr entgleite zwischen Oberhausen und Dberdittmannsdorf ein der Strecke Dresden-Wilsdruff ein Güter- zugslokomotiv und vier Wagen. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden ge- tödtet, der Schaffner verletzt.

• Näheres siehe unten.

Ein Husarenritt Severings.

Hochverratsabsicht nicht erwiesen.
Erklärungen des Oberreichsanwalts und der Münchener Parteileitung.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)
W. Pl. Berlin, 26. Nov.
Die in sensationeller Form und mit allen Mitteln der parteipolitischen Propaganda vom preussischen Innenminister Severing in Szene gesetzte Veröffentlichung angeblicher hochverrä- terischer Pläne der heftigen Nationalsozialisten hat sich bereits heute als ein politisches Manöver zur Störung der Regie- rungsbildung in Hessen herausgestellt. Die Bildung der neuen hessischen Regierung ist insofern von einer großen innenpolitischen Bedeutung, als zum ersten Male der Versuch einer Koalition von Nationalsozialisten und Zentrum gemacht werden sollte und das heftige Zentrum diesem Versuch nicht abgeneigt war und sich dabei in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung des Zentrums befand. Diese Koalition zwischen Nationalsozia- listen und Zentrum sollte durch die Ver- öffentlichung des „Materials“, das illegale Be- strebungen der Nationalsozialisten beweisen sollte, verhindert werden. Auch die mate- rielle Seite der Angelegenheit nähert sich bereits der Aufklärung.

Zunächst steht fest, daß die Reichsleitung der R.S.D.A.P. mit dem veröffentlichten Dokument nichts zu tun hat. Der politische Beauftragte der nationalsozialistischen Partei, Hauptmann G. H. H. hat heute im Auftrag Sillers dem Reichsinnenminister Groener eine schrift- liche Erklärung Sillers übergeben, in der gesagt wird, daß die Nachrichten über ange- gebene hochverräterische Handlungen der Partei in Hessen der Reichsleitung erst durch die Presse bekannt geworden sind. Die Reichsleitung, so- wie die maßgebenden Parteistellen haben mit dieser Angelegenheit nicht das geringste zu tun. Die Reichsleitung stehe nach wie vor auf ihrem offenen Standpunkt strengster Legalität. Sie werde die Vorgänge in Hessen untersuchen und gegen jeden, der nicht die Weisungen zur Legalität befolgt habe, rüch- tungslos vorgehen und ihn aus der Partei aus- schließen.

Die Prüfung hat weiter ergeben, daß der Tatbestand des Hochverrats kaum gegeben sein dürfte. Die Präambel in dem Entwurf des Aufrufes besagt, daß es sich um eine „erste Bekanntmachung nach Wegfall der bisherigen obersten Staatsbehörden“ handle. Das Dokument stellt also gar keine Vorberei- tung zum Hochverrat und zum Sturz der jetzi- gen Regierung dar, sondern beschäftigt sich mit dem Zustand, der nach einem kommuni- stischen Umsturz und dem sich daraus er- gebenden Fortfall der obersten Staatsbehörden eintreten kann. Der Oberreichsanwalt hat in einer Erklärung bereits angegeben, daß es sich offenbar um Maßnahmen handelt, die sich nicht gegen eine auf Grund der jetzt geltenden Verfassungen im Amt befindliche Regierung richten. In politischen Kreisen glaubt man da- her, daß es nicht einmal zur Einleitung eines Hochverratsverfahrens gegen die beteiligten Personen kommen kann. Etwas anderes ist es selbstverständlich, ob die Verfassung eines sol- chen Dokumentes politisch klug war. Hierüber dürfte wohl nur eine Meinung bestehen. (Die Erklärungen des Oberreichsanwalts und der R.S.D.A.P. siehe Seite 7.)

Chinas Schuld.

Bericht von einer Weltreise.
Von
Dr. Paul Rohrbach.

Kanton, Ende Oktober.
Am 20. Jahrestage der chinesischen Republik, am 10. Oktober, soll Tschiang-Kai-scheh, Regie- rungspräsident und Generalissimus, in Nan- king in einer Rede gesagt haben, auch seine Ge- duld sei begrenzt, und wenn sie zu Ende sei, werde er dem Krieg mit Japan nicht aus dem Wege gehen. Merkwürdiger Weise hat keine chinesische Zeitung diesen Satz gebracht; er fand sich nur in den Berichten der englischen Wäiter von Shanghai. Sollte Tschiang-Kai-scheh ihn wirklich gebraucht haben, so wäre er am ehe- stens als eine Andeutung zu verstehen, daß der Generalissimus sich in seiner Machtstellung nicht mehr sicher fühlt, und daß er die Position Kan- tons im Augenblick für die innerlich härtere hält.

Die Regierung in Nanjing unter Tschiang-Kai-scheh beansprucht die chinesische Zen- tralregierung zu sein und ist als solche auch von den Mächten anerkannt. Tatsächlich übt sie nur etwa über den 7. Teil Chinas — das Yangtsegebiet zwischen Shanghai und Hankau und seine nähere Nachbarschaft — Autorität in dem Sinne aus, daß sie unmittelbar Anordnun- gen erlassen kann, die von den Behörden in der Regel ausgeführt und von der Bevölkerung be- folgt werden. Unter den Gebieten, die Nan- king nicht als politische Zentrale anerkennen, befinden sich im Süden auch die reiche und wich- tige Provinz Kwangtung mit der Hauptstadt Kanton. Von Kanton ging seinerzeit die Grün- dung der Kuomintang, der chinesischen Volks- partei, durch den verstorbenen Sun-Yat-sen aus. Von Kanton aus erfolgte der Zug nach Nor- den, der Hankau, Nanjing und — allerdings nur ganz vorübergehend — auch Peking der Kuomintang unterwarf. Die Kuomintang ist nach ihrem Prinzip radikal demokratisch, ihr linker Flügel neigt sogar stark zum Sozialis- mus; tatsächlich ist die Regierung in Nanjing eine Art Militärdiktatur unter Tschiang-Kai-scheh geworden, dessen Stütze die eng mit ihm und seinen nächsten Mitarbeitern verschwägte und verflochtene Sunfamilie ist, ursprünglich ein Ban- tierhaus aus Shanghai und Kanton.

Die Opposition gegen das Nanjinger Mit- tärregime führte in Kanton zum Abfall von der Zentralregierung und zur Erklärung der Unabhängigkeit. Anfangs proklamierte man in Nanjing die Kantonese als „Rebellen“; jetzt wo die öffentliche Meinung der Diktatur Tschiang-Kai-schehs immer weniger günstig wird, muß man mit ihnen verhandeln. Su- Yan-min, einer der wenigen älteren Politiker, die es in China überhaupt noch gibt, kein Freund des Generalissimus, ist von Nan- king und Sun-Yat-sen, ein Sohn Sun-Yat-sens, Wang- Tsching-wei, der begabteste, aber auch radikalste Kopf der Kuomintang, und noch einige Gesin- nungsanhänger sind von Kanton nach Shang- hai gekommen, um Fühlung wegen der Wieder- vereinigung zu nehmen.

Su-Yan-min hat gleich nach seiner Ankunft in Shanghai ein Interview gegeben, des In- halts, daß General Tschiang-Kai-scheh den

Große Kammerrede Lavals.

Eine einzige Hehe gegen Deutschland!
Festhalten am Youngplan. — Kein Verzicht auf die ungezügelter Zahlungen.

Paris, 26. Nov.
Am Donnerstag nachmittag hat Minister- präsident Laval seine außenpolitische Kammer- rede gehalten, in der er teilweise sehr scharf gegen Deutschland polemisierte. Vor allem verdient hervorgehoben zu werden, daß Laval ganz ausdrücklich die Achtung vor den Beträgen forderte, von der er die Wiederherstellung des Vertrauens abhängig machte. Ferner unterstrich er, daß die neue Kreditregelung nur für die Dauer der Krise gedacht sei, daß Frankreich nur auf eine Herabsetzung der Zahlungen eingehen werde, wenn Amerika das Gleiche tue und daß Frankreich nicht daran denke, sein Recht auf die ungezügelter Zahlungen preiszugeben. Laval erklärte weiter, daß die deutschen Privatschulden vor den politischen Schulden keinen Vorrang ge- nießen dürften.

Laval befahte sich zunächst mit dem Hoover- Moratorium, das die großen Hoffnungen nicht erfüllt habe, die Hoover darauf gesetzt hatte. Die allgemeine Krise der Weltwirtschaft habe sich im Gegenteil verschlimmert und besonders in Deutschland schwere Ausmaße angenommen. In Paris habe er über eine Stunde unter vier Augen mit Briüning gesprochen. Er könne nicht schildern, wie ergreifend diese Unterredung war. Er habe mit Briüning zusammen die Möglich- keiten geprüft, die Schwierigkeiten beider Län- der zu beseitigen, und er entsinne sich noch, wie der Reichskanzler ihm die Frage vorlegte, ob denn diese Tragödie zwischen Frankreich und Deutsch- land ewig dauern solle. An dem Tage, an dem auf der einen Seite des Rheines die nation- alistischen Rumbegungen aufgehört hätten, würden die Ereignisse auf die Frage des Reichs- kanzlers antworten. In London habe man dann versucht, der finanziellen Notlage Deutschlands beizukommen, und man sei sich dabei über die Verlängerung der kurzfristigen Kredite einig geworden.

Laval ging dann auf seine Berliner Reise ein und unterstrich die herzliche Auf- nahme durch Bevölkerung und Regierung. Er erinnerte an die Bildung des deutsch-französi- schen Wirtschaftsausschusses, von dem man all- gemein eine Besserung der Beziehungen er- wartete. Seine Washingtoner Reise habe große Hoffnungen aufkommen lassen. Wir haben lange über die deutsche Krise gesprochen und sind uns darüber einig geworden, daß der Young- plan nach Ablauf des Moratoriums wieder in seine Rechte treten muß (!) Es wäre leicht, den Reichsinn hervorzuheben, mit dem in Deutschland die Finanzen verwaltet worden sind (!) Man habe die Schulden mit Anleihen bezahlt, Städte verpfändet und die Industrie ausgeblutet und als dann der Zeitpunkt der Rückzahlungen nahe, erklärte man: Wir könn- nen nicht zahlen! Zu gleicher Zeit ergringen sich gewisse Kreise im Reich in lärmenden Kund- gebungen gegen Frankreich. „Ich weiß nicht“, so erklärte Laval unter großem Beifall der Kammer, „was man in Deutschland gesagt hätte, wenn sich solche Dinge unter gleichen Umständen in Frankreich vollzogen hätten. Ich habe ein Recht, so zu sprechen, ohne dabei die Würde des deutschen Volkes zu beleidigen.“ (!? D. N.)

Zu den kommenden Verhandlungen erklärte Laval, daß Frankreich trotz seiner augenblicklich noch bevorzugen Lage kein Recht habe, sein Geld hinaus zu werfen und ver- schwendend zu sein. Wir werden eine neue Zahlungsregelung nur für eine beschränkte Zeit, d. h. für die Dauer der Krise, annehmen. Wir werden einer Herabsetzung der Zahlungen nur soweit zustimmen, als wir von unseren Kriegs- schulden befreit werden. Wir werden niemals dulden, daß die ungezügelter Zahlungen ange- lastet werden, und wir werden nicht zugeben, daß man den privaten Schulden Deutschlands den Vorrang einräumt.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten wurden von der Rechten und der Mitte der Kammer mit nicht endenwollendem Beifall auf- genommen. Die Sitzung wurde darauf unter- brochen.

Reine Reichstags- einberufung.

Im Reichsterrat abgelehnt.
TU. Berlin, 26. Nov.
Am Donnerstag abend zunächst mit dem kommunistischen Antrag, den Reichstag auf den kommenden Mittwoch einzuberufen, und die Deutschnationalen. Die National- sozialisten waren in der Sitzung nicht vertreten. Die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaft- partei enthielten sich der Stimme, um zunächst keine Forderungen zu stellen. Die Kommunisten verlangten, den Antrag auf Ein- berufung des Reichstages demnächst erneuern, wenn sie vorher von einem solchen Antrag und den Anträgen unterzügen.



Dr. Wellington Koo, der bekannte chinesische Politiker, der China lange Zeit im Völkerbund vertrat, ist jetzt nach Nanking berufen worden, um das Amt des stell- vertretenden Außenministers zu übernehmen. Maßgebende Kreise sehen in dieser Ernennung ein Zeichen für die beabsichtigte Verschärfung des antijapanischen Kurses.

Reine Reichstags- einberufung.

Im Reichsterrat abgelehnt.
TU. Berlin, 26. Nov.
Am Donnerstag abend zunächst mit dem kommunistischen Antrag, den Reichstag auf den kommenden Mittwoch einzuberufen, und die Deutschnationalen. Die National- sozialisten waren in der Sitzung nicht vertreten. Die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaft- partei enthielten sich der Stimme, um zunächst keine Forderungen zu stellen. Die Kommunisten verlangten, den Antrag auf Ein- berufung des Reichstages demnächst erneuern, wenn sie vorher von einem solchen Antrag und den Anträgen unterzügen.

Delegierten von Kanton drei Fragen vorlegen lasse: 1. Verlangen Sie meinen Rücktritt? 2. Glauben Sie, daß ich an der Spitze der Militär-macht verbleiben sollte? 3. Können wir zum Wohl Chinas die Differenzen ansäuseln und einen Weg der Versöhnung finden? Die zweite dieser Alternativen würde den Rücktritt Tschiang-Kaischeks als Regierungschef, die dritte sein Verbleiben in allen Ämtern bedeuten. Sun-Han-min fuhr fort: „Nach meiner Meinung sind die drei Uebel, unter denen China heutzutage leidet, diese: 1. Zentralregierung und Provinzialverwaltungen werden vom Militär beherrscht; 2. die Politik der Regierung ist nicht öffentlich, wir haben nicht, wie andere Länder, ein Parlament, in dem politische Fragen öffentlich diskutiert werden; 3. das Staatsbudget bleibt ein Geheimnis der Gewalten in Nanking, es gibt keine Bewilligung der Mittel und keine Kontrollinstanz. Ueber Zentralismus oder provinzielle Autonomie in China zu sprechen, hat keinen Zweck, solange die Militärherrschaft dauert. Es gibt einige wertvolle Persönlichkeiten unter der Militärpartei, aber es gibt auch absolute Ignoranten. Wenn die Regierung (in Nanking) für ihre persönlichen Zwecke die Militärpartei weiter begünstigt, so wird nichts Gutes dabei für das Land herauskommen. Wollen die Nachfolger jedoch ein gutes Regierungssystem, so können sie es alle Tage haben.“

Das Klima nicht sehr hoffnungsvoll für die Militärdiktatur, zumal es noch nicht einmal ein Kantoneise ist, der so spricht, sondern ein Nankingmann, wenn auch einer von der kritischen Richtung. Man kann auch beim besten Willen der Regierung in Nanking keine Anerkennung zollen. Sie verdrängt vier Fünftel ihrer Einkünfte für militärische Zwecke, aber sie hat damit die Einmühtung Chinas keinen Schritt weiter gebracht, denn der ganze Norden respektiert sie nur nominell, im entfernteren Inneren beachtet man sie überhaupt nicht und im Süden beansprucht Kanton einseitig auch „Zentralregierung“ zu sein, kraft des „reineren Aromingang-Geistes“, den es zu verkörpern behauptet. Von den vielen, auf dem Papier entworfenen Plänen — Verkehrsweien, Finanzreform, Volksbildung usw. — ist heralich wenig der Verwirklichung näher gekommen. Das chinesische Erbe des „Sauceze“, der unredlichen Bereicherung auf jedem Wege, von der einfachen Unterschicht bis zur großen Erpressung, ist im Schwunge wie nur je, und besonders unangenehm berührt die überhebliche und unmanierliche Art, mit der die jetzigen Nachfolger, vielfach noch ganz junge Leute ohne Aenderstube, den Verkehr mit dem Auslande erlebigen. Das alte China hatte sehr viel bessere Formen.

Als ein Beispiel, nur eins von den vielen, die zur Hand sind, mag das Erlebnis dienen, das wir eben in Schanghai mit unserem Japandampfer „Duisburg“ hatten. Ein Dampfer der Flotte hatte vor einiger Zeit eine Anzahl Waffen nach dem englischen Donatona gebracht, wovon man in Nanking annahm, sie seien für die „Rebellen“ in Kanton bestimmt gewesen. Mit eben diesen „Rebellen“ wird jetzt sehr höflich und auf gleichem Fuße verhandelt, aber die deutsche Schiffahrtslinie wird schikaniert, indem man ihren Dampfer ohne Angabe von Gründen in Schanghai die Ausklarierung verweigert. Der neue deutsche Gesandte ist gerade in Nanking und hat sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Er erkundigt sich, ob das Schiff nicht freigegeben wird, und der ausländische Finanzminister erklärt ihm, er habe keinen Befehl zur Festhaltung gegeben. Die chinesische Hafenbehörde aber sagt: Wir haben strikten Befehl von Nanking, ohne spezielle Anordnung keinen Dampfer dieser Linie hinauszulassen! So dauert es von Morgen bis Mittag, von Mittag bis Abend, von Abend bis Morgen, wieder bis Mittag, wieder bis Abend, man wartet, man fragt immer von neuem an; vergeblich, nichts rührt sich. Endlich, in der Nacht, kommt Befehl vom Hafenamt: Nanking hat jetzt telegraphiert, Sie können fahren! — Passagiere gingen vom Schiff und suchten sich einen anderen Dampfer, Frachten in den nächsten Anlaufhäfen

drohen verloren zu gehen, die Hafennachrichten wachsen — aber eine „Regierung“ macht sich das Veranlassen, auf diese ungenügende und unwürdige Art einer deutschen Gesellschaft und dem deutschen Gesandten zu setzen, daß sie die „Macht“ hat, jemanden zu schikaniieren, ohne Sinn und Zweck, nur damit er es „fühlt“!

Will man Bedeutendes mit weniger Bedeutendem vergleichen, so ist auch ursprünglich der Streit zwischen China und Japan in der Mandchurei auf ähnliche Art entstanden. Die Japaner haben mit ihren Behauptungen so weit recht, daß tatsächlich ihren jahrelangen Beschwerden wegen verschiedener Rechtsverletzungen und Schikanen in der Mandchurei: Niederlassungssachen, Zollsachen, Lizenzen, Ermordung japanischer Untertanen — 60 namhaft gemachte Fälle, zuletzt der japanische Generalstabshauptmann Katanura und ein Feldwebel — seitens der Chinesen keine Beachtung geschenkt wurde. Schließlich riß dem japanischen Militär in der Mandchurei die Geduld, es griff zur Gewalt, und nach längerem — ansehendem — Widerstreben ließ sich auch die Regierung in Tokio in die Aktion hineinziehen. Natürlich bedeutet der japanische Einbruch in die Mandchurei, nachdem er einmal so weit vorgetrieben ist, viel mehr, als eine bloße Re-

aktion auf chinesische Nadelstiche und Unfreundlichkeiten.

Japan will sich die Mandchurei in dreifacher Hinsicht sichern: als Absatzgebiet für japanische Waren, als fest in der Hand gehaltenes Bezugsland für Kohle und Eisen, mit denen Japan selbst schlecht versorgt ist, und als Basis für den Fall eines Konfliktes mit Sowjetrußland.

wegen der kommunistischen Propaganda. Vor dieser hat man in Tokio dauernd Sorge. Ebenso wird man versuchen, bei der endgültigen Regelung des Mandchurei-Problems sich von der Konkurrenz zu befreien, die die chinesischen Bahnen in der Mandchurei der japanischen südmandchurischen Bahn machen, und ebenso der im Ausbau begriffene chinesische Hafen Gulutao dem japanischen Dairen. Alles das ist zuzugeben; aber klar ist auch, daß erit die unausgeglichene Reizung, die von dem Verhalten der Chinesen ausging, die öffentliche Meinung in Japan — ich habe es selbst während meines Aufenthaltes dort beobachten können — in den Zustand der Erbitterung und Erregung versetzt hat, daß das Militär schließlich nur der populären Forderung zu folgen brauchte, und daß endlich auch die Regierung mitgehen mußte.

Kompromiß im Völkerbund.

Ein Einigungsentwurf zur Lösung des Mandchureikonfliktes.

Paris, 25. Nov.

Nach Abschluß der geheimen Sitzung am Mittwoch herrscht in Ratskreisen eine optimistische Stimmung. Man hofft sogar auf einen Abschluß der Verhandlungen am Freitag. Der Rat hat einen ergänzten Entschlußentwurf ausgearbeitet, der den streitenden Parteien zur Annahme vorgelegt werden soll. Die chinesische Denkschrift wurde vorläufig zurückgestellt, da man dem chinesischen Vertreter Gelegenheit geben will, ohne Bindung an seine bisherigen Äußerungen die neue Fassung zu beäugeln. Der Entwurf enthält folgende Punkte:

1. Beide Parteien verpflichten sich, den Führern ihrer Streitkräfte den Befehl zu erteilen, sich jeder Initiative zu enthalten, die neue Zwischenfälle und neue Verluste an Menschenleben hervorrufen könnte und

2. alle notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung einer Verschärfung der Lage zu ergreifen.

3. Die Mitglieder des Völkerbundsrates werden aufgefordert, dem Räte alle Mitteilungen zugänglich zu machen, die sie von ihren an Ort und Stelle befindlichen Vertretern erhalten.

4. Der Völkerbundsrat legt einen Ausschuss ein, der die Lage in der Mandchurei an Ort und Stelle prüft und einen Bericht über alle Ereignisse erstattet, die geeignet sind, die internationalen Beziehungen zu berühren und den Frieden zwischen China und Japan zu stören. Diese beiden Mächte werden in dem Ausschuss durch je einen Beisitzer vertreten sein.

5. Die Bildung dieses Ausschusses und seine Arbeiten berühren in keiner Weise die Verpflichtung Japans, seine Truppen in die südmandchurische Eisenbahnzone zurückzuziehen.

Deutschlands Sozialversicherung.

Schwierige Lage der verschiedenen Institute.

TU Berlin, 26. Nov.

Zu Beginn der Donnerstagsitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages sprach der Vorsitzende Dr. Brauns des 50jährigen Bestehens der deutschen Sozialpolitik. Er betonte dabei, daß heute die Sozialpolitik unter der Last der Gegenwart leide. Je eher man das berücksichtige, desto eher könne man Katastrophen vor. Das wesentliche der Sozialpolitik müsse dem Volke erhalten bleiben.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums schilderte dann ausführlich die jetzige Lage der Sozialversicherung. Zurzeit ließen 2,3 Millionen Invalidenrenten, 670 000 Witwen- und etwa 610 000 Waisenrenten. Die Invalidenversicherung, die 1930 noch 56 Millionen Ueberflüssig gehabt hätte, ließe infolge von Verlusten infolge von Beitragsrückgang für 1931 einen Fehlbetrag von 210 Millionen und für 1932 einen solchen von 285 Millionen erwarten. Anfolgedessen werde das Vermögen der Invalidenversicherung von 1 637 000 000 RM. im Jahre 1931 auf etwa 1 430 000 000 RM. sinken. Die Landesversicherungsanstalten müß-

ten jetzt etwa 18 Millionen und 1932 etwa 22 Millionen monatlich aufziehen. Dabei sei der Vermögensverlust durch Verminderung der Vermögensanlagen unberücksichtigt. In der Unfallversicherung liefen zurzeit etwa 800 000 Verletzten und 200 000 Hinterbliebenenrenten. In der Krankenversicherung hätten sich von 1924 bis 1929 die Einnahmen und Ausgaben beinahe verdoppelt. Seit 1930 gingen beide ständig zurück. Am härtesten sei der Rückgang beim Krankengeld. Bei der Angestelltenversicherung verschärfe sich der 1931 eingetretene Beitragsrückgang von Monat zu Monat. Trotzdem habe diese Versicherung noch erhebliche Ueberflüsse. In der Knappschafflichen Pensionsversicherung werde der Haushaltsausgleich durch den starken Rückgang der Belegstellen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung habe seit 1925 288 000 Mitglieder verloren. Der Regierungsvorstand betonte, alsdann, es müsse Hauptaufgabe werden, zu verhindern, daß das Vermögen der Invalidenversicherung bei einem ungünstigen Kursstand verkleinert werden müsse. Eine Beitragserhöhung in der Invaliden-

3. Sinfonie-Konzert.

Schuberts „Unvollendete“. — Mozarts Requiem.

Vor 140 Jahren, am 5. Dezember 1791, ist Mozart gestorben, sein Sterbelied, das Requiem, noch auf den Lippen. Unerhörtes Geschehen! Ein schwacher, schwerkranker Körper liegt auf dem Lager; aber der starke, gesunde, vollausgereifte, unmagische, dämonisch beseelte Geist reißt diesen armen Körper, fast unverwundbar, aus dem einmal auf, um aus der wundervollen Künstlerseele die letzten, die kostbarsten Schätze für das Leben, für die Menschheit zu retten. Den Tod vor Augen, mit ihm ringend, findet hier der Größte einer die Totenmesse. Wie können andere waren ihm die schmerzlichen Mittel angeden, den fürchterlichen, den erziehlenden aller Kämpfe zu schildern. Auch darin ist er ganz die Ausnahme-Erscheinung, die Goethe immer in ihm gesehen hat. Wo findet man den andern Künstler, der auf der Schwelle zum Totenreich noch eines seiner Meisterwerke schuf? Ein menschliches Dokument, andersgeartet? In dem das angstvolle Leben vibriert, das Grausen aufbricht, die Zweifel flattern, der Glaube Anlehnung sucht, sich anschlängelnde Kindlichkeit vertraut, reinste Liebe das Gebet spricht? Um mit der verzweiflungsvollsten Frage zu schließen, die keiner beantworten kann? Solange die Menschheit nicht den edlen Gesang (das harmonischste Verhältnis, das Körper und Seele eingehen können) aufweist, solange wird die ungeborene Ausdauerkraft von Mozarts Requiem die empfänglichen Gemüter erschüttern.

Wir brauchen hier nicht von dem unheimlich geheimnisvollen Beistand des Werkes zu erzählen, nicht von dem Mißbrauch, den der betrügerische Graf Waldsee mit der letzten Schöpfung Mozarts getrieben hat. Wir brauchen auch nicht mit den Empfindungen zu summern, daß sich Mozarts Gebeine jeder Annäherung entgegen haben. Die Selbsterkenntnis dieses Künstlers ist für sich schon erregend genug. Man sollte sich mehr seinen Werken nähern. Dann würde die „ewige Belebung“, in ihm nur den lebenswichtigen Tandler und Heiteren zu sehen, bald verkommen. Wie viele wissen, daß

er die ersten Todesjahre schon in seinem 16. Lebensjahre in Musik verwandelt hat? Daß sie ihn immer wieder anlocken? Durch sie ist er immer wieder in die düsteren Hintergründe getaucht, hat sich wie kein anderer geübt, sie anschaulich zu machen. Woher sonst hätte er denn die inneren Kräfte und Mittel nehmen sollen, das Metaphysische in seinem, in seinem Requiem zu schildern?

Verlösliche Leid oder Weiden, persönliche Wände oder Anspürde hätten ihn nie zum Gegenüber von Welt oder Leben zu machen vermocht; er hat nie geholt, ist nie wehleidig oder anlägerlich geworden. Sonst würden wir sicher sein Grab kennen. Dann wäre er nämlich auch „im Leben weiter gekommen“, wie der Philister so gerne sagt. Nun, zur Unsterblichkeit hat er's immerhin gebracht; gewiß auch nicht zu verachten.

Aber dies beidseitige Sterben hatte doch den Mut, sich nicht nur aus der Welt, sondern auch gegen die Welt zu stellen. Wirtschaftlich, indem er sich im damaligen Wien als Erzieher auf den Boden des freien Künstleriums stellte und zu Beethoven und anderen das Beispiel gab, a e i u a, indem er als Gegenüber von Welt und Leben sah auf die Eroberung von beider Fülle und Bewegungsart ausging, ganz nach dem Goetheschen Rezept: „Geist nur hinein...“ usw. So mußte er der große Dramatiker werden. So wurde aber auch sein inneres Leben der Gegenüber seines äußeren Lebens, d. h. dieses war ihm fast gleichgültig, uninteressant. Sein eigenes Weltempfinden war reinste und reinlichste Demokratie. Die der Tat, nicht der hohen Worte. Von dem ihm verliehenen Adelsprädicat hat er, wieder zu seinem Schaden, nie Gebrauch gemacht, nicht einen Tag lang. Der erklärte Demokrat Beethoven hat sich, auf Umwegen, um Orden beworben. Beethoven mochte weder Beamtentum noch das Mozarts „Nagars Hochzeit“. Und doch hatte des Dichters Komödie den Anstoß zum Ausbruch der französischen Revolution gegeben. Die Beethoven'sche, ektatisch bearbeitete, in Nagars Capatine. Will der Herr Graf ein Tänzerlein wagen? hat Mozart deutlich revolutionär aufgemerkt, sozusagen den Kampfruf des achttzigjährigen heranwachsenden dritten Standes in ewige Melodie geblasen. Der österreichische Kaiser und Adel haben das so wenig

gemerkt, wie der französische König und seine Aristokratie die Anstöße Beaumarchais'. Auch Beethoven hat das nicht herausgefunden, er stieß sich an dem Stoff, dem föhlich ironischen. Er brauchte für die Gestaltung seiner tonidichterischen Ideen die fertige Revolution. Mozart aber wuchs innerlich in ihr Werden hinein, in das Crescendo der Glut, zeigte in dem Aufspiel Figaros ihre Aktivität, war also schon Revolutionär, ehe die große Revolution losbrach. Aus dem Milieu des Salonprofotos, mit dem ihn die heutigen Interpreten seiner Werke immer noch umgeben, war er längst herausgetreten. Das andere Zeugnis für sein echtes Weltverständnis ist die „Zauberflöte“. Angesichts seines 140. Todesjahres muß das einmal klar und unumwunden gesagt werden. Figaros „Hochzeit“, „Die Zauberflöte“ und das Requiem stehen auf dem Scheitel jeder Weltbewegung — das Hüben und Drüben mit aller Lebenswärme in dramatischen Kampf zueinander. Ewig aktuell bleiben diese Werke.

Ein gewaltiges Drama tut sich also auch im „Requiem“ auf. Als solches fühlt und erkennt es Generalmusikdirektor Josef Krups, der mit seiner grandiosen Interpretation wieder eine begeisterte Ausnahmeleistung bot. Im riefenhalten Aufbau des Gesangs, wie in der vorzüglichen Herausarbeitung der Einzelheiten war sie gegen früher noch runder, voller, plastischer geworden. Hineinreichend, wie sein lodernd und doch beherrschter Impuls Chor und Orchester inspirierte, den Ausdruck entfeuerte und ihn in die ergriffenen Gemüter der Zuhörer strömen ließ. So sprach das Werk frei und überwältigend seine besetzte mystische und flammende Sprache, deren Eigenart sich auf immer dem Ohr und dem Herzen eintrug.

Die Chorleistung hat ebenfalls an innerer Intensität gewonnen. Deutlich zu spüren, daß die einzelnen Körperschaften: Bachverein, Sing- und Singschor des Landesheaters sich in diesem herrlichen, innig geliebten Werke wie zu Hause fühlen. Jede der vier Stimmgattungen führte ihren Gesangspart mit sicher formender Ueberlegenheit im Musikalischen und Klanglichen aus.

Auch das Solo-Quartett übertraf sich diesmal selbst. Die schönen Stimmen Eise Blanz, Elfriede Haberfors, Wilhelm Reinitz und Franz Schusters fanden sich in

idenversicherung sei jetzt nicht möglich. Wenn die Beseitigung organisatorischer Mängel der Sozialversicherung werde den gegebenden Körperschaften ein Gesetzentwurf ausgehen.

Eine vom Ausschuss angenommene Entschlüsselung erlaubt die Regierung um Maßnahmen, die den notwendigen Landesversicherungsanstalten die Flüssigmachung von Vermögenswerten ermöglichen.

Beamtengehälter und Nebeneinnahmen.

Beschlüsse des Haushaltsausschusses.

TU Berlin, 26. Nov.

In der Donnerstagsitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages, in der Anträge über Beamtengehälter zur Beratung kamen, teilte im Verlauf der Aussprache über die Anträge ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums auf Anfrage mit, es sei ihm nicht bekannt, ob und welche Pläne die Reichsregierung hinsichtlich einer neuen Gehaltsordnung habe. Von den Christlichsozialen wurde beantragt, gegebenenfalls durch Notverordnung zu bestimmen, daß Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht höhere Gehälter als die der Reichsminister ausbezahlt werden dürfen. Nebenbühne und Zuwendungen jeglicher Art sollen 15 Prozent der Gehälter nicht überschreiten. Umgehungen seien unter Strafe zu stellen. Ferner soll nach dem Antrag für Körperschaften des öffentlichen Rechts verboten werden, Bezüge an Großbetriebe, Verbände oder Banken zu geben, die nicht den Radweis geliefert habe, daß sie bei Angestellten, deren Gehälter die Reichsminister überschreiten, eine vom Reichsfinanzminister zu bestimmende prozentuale Minderung haben eintreten lassen. Man kann den breiten Schichten die schmerzlichen Opfer auferlegen, wenn man auch die hohen Gehälter

Bei der Abstimmung wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der eine Änderung der Notverordnung vom 6. Oktober folgendem Sinne verlangt: Die Gesamtsumme der Gehälter bei Einformung über 12—20 000 Mark beträgt mindestens 20 v. H., bis 50 000 Mark 25 v. H., bis 100 000 Mark 30 v. H., bis 150 000 Mark 35 v. H., bis 200 000 Mark 40 v. H., bis 250 000 Mark 45 v. H., und für noch höhere Einkommen 50 v. H., und über 12 000 Mark hinausgehenden Beträgen eine Herabsetzung unter 12 000 Mark soll nicht erfolgen.

Der erwähnte Antrag der Christlich-Sozialen wurde mit Ausnahme des Schlussteils, der die mit der Auftragsvergebung beschäftigten, als nicht angenommen. Abgelehnt wurde ein von dem Ausschuss zurzeit nicht vertretenen Nationalsozialistischen Führern eingebrachter Antrag, die Gehälter der leitenden Angestellten in der Privatwirtschaft nicht auf Kosten der Belegschaften der Allgemeinheit auf der heutigen Höhe zu halten, sondern den Gehältern der Beamten bis zu einem gewissen Grade anzupassen.

Am Freitag wird der Ausschuss Mittelmaßnahmen der Regierung über die Wingerhilfsmassnahmen entgegen nehmen.

Coffeinfreier Kaffee Hag.

niemals schädlich, immer vorzüglich.

Coffeinfrei und Hag, darauf kommt's an!

wohlwollender Einheit, beieierten sich im Vortrag und legten den Plänen im richtigen Augenblick seine Lichter auf, die der Bierkultur im Glanz und Charakter geben. In dieser Hinsicht erwies sich der Eintritt Elfriede Haberfors, das Quartett als sehr vorteilhaft. Tomaten spielte das Orchester, auch in der dem Reichsminister einleitenden holländischen Franz Schusters, die von der stromen Tempelmaße des Dirigenten bestimmt, eine frische, nicht verpöhlende Wiederholung fand. Josef Krups wurde als Dirigent gefeiert.

Kunst und Wissenschaft.

Baden in Berlin.

Wie man das schöne Baden feiern und den norddeutschen Brüdern menschlich näher bringen kann, zeigte ein Heimatabend in der Friedrichs-Weißbrot-Friedrichsstraße in Friedrichshagen (Großberlin). Unser Landsmann, der Photographenmeister Eise von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (sein Vater) hat sehr bekannt badischen Malers (Eise) für diesen Abend prächtige, hochkünstlerische Lichtbilder nach eigenen Aufnahmen zur Verfügung gestellt. Namentlich die aussergewöhnlich schönen farbigen Aufnahmen und die nach den barocken Schmelzmalereien entworfenen reich Erfindungen. An Hand dieser vorzüglichen Bilder konnte Dr. Hertel die freudigsten Bilder der Berliner mühelos an einer Wandtafel durch unsere badischen Gäste teilnehmen lassen. Darbietungen in französischer und deutscher Mundart, teilweise in echter Tracht, umrahmt die Heimatabend. Eine besondere Freude war der Abend durch den Vortrag badischer Lieder durch unseren Landsmann, den Konzertführer Maxheinrich Fischer. Mit seinem warmen vollen Bariton ließ er Lieder badischer Komponisten und Volkslieder aus dem Schwarzwaldbereich und Denkmäler mit feinsten künstlerischen Fähigkeiten in das Weiden der einzelnen Vokalgruppen aufleben. — Nord und Süd: beide haben sich diesem Heimatabend freudig die Hand gedrückt. Kaiser Universitätspreis für eine badische Arbeit. Auf Grund einer wissenschaftlichen Arbeit wurde der diesjährige Universitätspreis der Friedrichshagen Fakultät Dr. jur. Elfriede Haberfors Renzinger von der Universität Basel zuerkannt.

Minister und Präsidenten

Der Werdegang führender Männer der Gegenwart

Zusammengestellt von Curt Seibert

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale).

(2. Fortsetzung.)

Kemal, der geborene Diktator.

Viele werden vielleicht Benito Mussolini für den geborenen Diktator halten, aber der Italiener ist eher der geborene Revolutionär als der geschickte Führer, während Kemal der geschickte Führer ist. Allerdings sind diese beiden Männer viel Ähnlichkeit miteinander, sie sind auch die beiden Äußersten der Reihe der hier Geschilderten: Mussolini ist 48 Jahre alt, Kemal nur zwei Jahre jünger. Der Türke, der 1881 in Saloniki als Sohn eines armen und kleinen Zollbeamten zur Welt kam, trägt heute den Beinamen „Gott“, das ist „Der Siegreiche“. Die Jugend verließ



Kemal, der geborene Diktator.

und zeichnete sich durch nichts aus von anderen türkischer Jungen aus. Mustafa Kemal Kasretler, wie er eigentlich heißt, besuchte die Volksschule und wurde dann in das Kadettenkorps gebracht. Der Vater, der früher einmal Offizier hatte, wollte, dass er es nicht alidide, weil er den Vater den Kadettenkorps hatte bezaubert können, sparte viele Jahre, um der einzige Sohn zu sein, und nun „Kasretler“, wie er immer zu sagen pflegte. Heute ist er lange tot und hat es nicht mehr erlebt, dass der geliebte Sohn viel weiter als bis zum Kadettenkorps war, denn die Söhne der Beamten verschlossen, aber bei Kemal wurde eine Ausnahme gemacht, weil ihm seine Energie in jeder Beziehung sei. Von Jugend auf ein Soldat werden wollen, und so ging er mit voller Energie an die Arbeit, als er ein- und zwei Jahre war. Daß Kemal ein militärisches Talent ersten Ranges ist, wird heute von niemandem mehr bestritten, denn auch seine ganz eigenen Reformen, auf die wir später zu sprechen kommen, tragen etwas militärischen Charakter. In der Kadettenzeit war er sehr schnell und wurde bald von seinem Regimentskommandeur für die Kadetten empfohlen, die von deutschen Offizieren und dem deutschen Militär eingerichtet worden waren. Hier erkannten die Lehrer (vielleicht deutet nach der Türkei abkommandierte Offiziere) das ungeheure, in diesem Manne schlummende Talent, und seine Beförderung in den Kadettenkorps war nur eine Frage der Zeit.

Als ein Kemal ist militärisch. Seine Natur ist elegant, schneidig, leicht vorübergehend, aber auf das Auge, sein Blick, seine Art zu sprechen, etwas hart und abgehackt, doch überaus seine Willen, sein Gang — alles militärisch. Aber er ist niemals äußerlich gewesen, nur, daß das Neugierige beim Soldaten die Türkei in den Krieg mit Italien verwickelt wurde, schickte man ihn nach Tripolis, dort gehörte er der einzigen Truppe an, die nicht geschlagen wurde. Dasselbe sollte ihm noch einmal passieren. Wir in Deutschland haben damals kaum gedacht, welche schweren Konflikte sich innerhalb der Türkei ereigneten, und wenn wir im Jahre 1910 hörten, daß außer dem uns wohlbekannten Enver Pasha auch ein gewisser Mustafa Kemal Führer sein zu machen. Und doch war dieser Mann dem tüchtigen Kopf und der mittergültigen, organisatorischen Kraft das treibende Element dieser ganzen Bewegung. Er ist übrigens ein so energiegeladener Gegner des deutschen Bündnisses aufgetreten, da sein Blick nach Europa, sondern immer mehr nach Osten gerichtet war. Und wer will ihm nicht zustimmen? Schließlich sind die Türken ja ein asiatisches und kein europäisches Volk. Daß dieser Mann nach dem Zusammenbruch seines Reiches die ganze Türkei modernisieren und europäisieren sollte, daran hat er damals nicht einmal gedacht. Als der Krieg ausbrach, war Kemal bereits ein Veteran und wurde als solcher Generalkommandeur

von Mamut Schewket Pascha in seiner Heimatstadt Saloniki, ging später als Divisionskommandeur nach Palästina und befehligte dort die einzige türkische Armee, die niemals geschlagen wurde. Kemal Pascha ist ein Soldat und ein Feldherr von vielen Graden und hat das später noch des öfteren bewiesen. Der Plan, die Macht in der Türkei an sich zu reißen, mag im Jahre 1918 bei ihm entstanden sein, als er Generalinspekteur in Anatolien war. Denn sobald der Krieg beendet war und die Entente der Türkei den Frieden von Sevres aufzwingen wollte, verjammelte Kemal die Elite des türkischen Heeres um sich und organisierte den nationalen Widerstand. Der schwache und unfähige

Sultan Mohammed VI. wurde gezwungen, Kemal Pascha aus der Armee auszustoßen, aber er machte sich nichts mehr daraus. Nachdem er erkannt hatte, daß das Sultanat nicht mehr zu retten sei, stellte sich Kemal um, und nun zeigte sich erst, welche Kräfte, welche ungeahnte Energie in diesem Manne geschlummert hatten. In Anatolien bildete er rasch eine Gegenregierung und berief eine Nationalversammlung, ohne sich um den Sultan zu kümmern, der vergebens versuchte, den neuen Mann auf seine Seite zu ziehen oder zu vernichten. Das kleine Städtchen Ankara (Angora) wurde zur neuen Hauptstadt erwählt. Es hatte damals nur 60 000 Einwohner, heute etwa 75 000; aber

als am 23. Oktober 1920 die Nationalversammlung durch Kemal eröffnet wurde, kamen die gewählten Vertreter des Volkes aus allen Landesteilen herbei. Man arbeitete eine neue Staatsverfassung aus und setzte den Sultan, als dieser einen Staatsstreich versuchte, einfach ab. Das heißt: Kemal, der damals natürlich schon Alleinherrscher sein wollte, genigte das nicht und er ruhte nicht eher, bis auch das Sultanat als solches abgeschafft war. Nachdem er dem Kaiser Osman, das viele Jahrhunderte die Türkei beherrschte hatte, auch das Kalifat genommen, ließ er am 20. Oktober 1923 die Türkische Republik in Angora (!) ausrufen.

Inzwischen hatte sich die Entente nicht über die neuen Verhältnisse in der Türkei beruhigt, sondern die Griechen als erste setzten sich in Smyrna fest, und auch die Italiener machten mobil, um den Griechen beizustehen. Kemal konnte jetzt beweisen, daß er nicht nur stützen, sondern auch aufbauen konnte, und das ist sicher die schwierigere Arbeit. Er stampfte ein Meer aus dem Boden, griff die Griechen an, schlug sie vernichtend, schlug auch die Italiener, zerschlug den Friedensvertrag von Sevres, eroberte Dithrazien zurück und setzte, nachdem die Franzosen und Italiener ihren Widerstand aufgegeben hatten, gegen den Willen der Engländer die Verhängung der neuen Grenzen der Türkischen Republik durch. 1923 wurde Frieden gemacht, und nun begann die eigentliche Hauptarbeit für den Diktator.

Nachdem sich Kemal Pascha, der sich jetzt nur noch Mustafa Kemal nannte und dem das Volk den Beinamen „Gott“ (Der Siegreiche) gegeben hatte, von der Nationalversammlung, die er völlig in Händen hatte, 1923 zum Präsidenten hatte wählen lassen, begann er damit, die Türkei, durch Jahrhunderte verrottet, innerlich zu reformieren. Er wußte, daß er auf ungeheure Schwierigkeiten stoßen würde; aber dieser alte Soldat kannte keine Angst und setzte sich und seine Reformpläne im Laufe der Zeit immer mehr durch. Er ist es, der den türkischen Frauen den Schleier nahm, der nicht nur gestattete, sondern befahl, daß die Frauen, die nur verkleidet auf die Straßen gehen durften, den Schleier ablegten und sich wie europäische Frauen bewegten. Er hob den Harem auf und schaffte die Polygamie ab, und er nahm den Männern den Bes, ihre bestellte Kopfbedeckung. Merkwürdigerweise erregte die letztere Maßnahme am meisten Aufsehen, und man wird sich erinnern, daß seinerzeit fast eine Revolution ausbrach, als Kemals Braut vor dem Altar ohne Schleier erschien und als Kemal selber das Parlament im Zylinder betreten wollte — und auch betrat!

Denn niemals ist dieser Mann einen Fuß breit von seinen Entschlüssen zurückgewichen. Er hat die allgemeine Dienstpflicht eingeführt, unterhält ein Heer von 120 000 Mann und hat seit einigen Jahren bestritten, die Bildung des Volkes zu heben. In diesem Punkte schaffte er nach heftigen Kämpfen mit den Priestern im Jahre 1929 die türkisch-arabische Schrift ab, die nur noch bei Inschriften religiösen Inhalts gebräuchlich ist. Das Schulwesen wird stark ausgebaut und Kemal hat sich stark dafür eingesetzt, daß Konstantinopel (Istanbul) eine Universität, eine französische und englische Hochschule und eine deutsche Mittelschule erhielt. In vielen anderen Städten werden Seminare für Lehrer und Lehrerinnen eingerichtet, Krankenhäuser werden gebaut, das Straßennetz ergänzt, das Eisenbahnetz erweitert.

Kurzum, die Türkei wird europäischen Verhältnissen nähergebracht. Man erinnert sich, daß gerade Kemal gegen ein Bündnis mit Deutschland gewesen ist, weil er damals richtig erkannt, daß die Türkei sich nicht in europäischen Verhältnisse einmischen sollte. Doch jetzt hat er sich geändert, hat erkannt, daß der alte Schopenhauer nur in den Abgrund geführt hat, und so reformierte er sein Land an Haupt und Gliedern. Natürlich sind ihm Grenzen gesetzt, denn die Türkei mit ihren 14 Millionen Einwohnern ist kein reiches Land mehr und hat außer dem Tabak, etwas Wolle und einigen Früchten kaum nennenswerte Ausfuhrartikel, so daß also gespart werden muß. Die Folgen der Reformarbeit zeigen sich aber überall schon, und Kemal ist der rechte Mann am rechten Platze.

Als 1927 seine Amtsperiode abgelaufen war, wurde er sofort wiedergewählt, und niemand zweifelt daran, daß er Ende dieses Jahres noch einmal auf vier Jahre gewählt wird, denn er hält die ganze Macht in Händen und die Armee verachtet den heiligen Feldherrn. So ist aus dem kleinen Schuljungen aus Saloniki, der zufällig einen ipparchischen Vater bekam und nur deshalb Offizier werden konnte, der erste Diktator unseres Jahrhunderts geworden, denn Mussolini und Primo de Rivera sind erst später gefolgt.

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe.)

Das Geheimnis des BGG.

Was ist in Lübeck verfüttert worden?

Lübeck, 26. Nov.

In der Donnerstagverhandlung des Calmette-Prozesses wird der in der Mittwochssitzung von Dr. Hoffmann gestellte Beweisanspruch lebhaft erörtert. Die Staatsanwaltschaft sei der Überzeugung, daß vielleicht der Verdacht der Verschleppungsabsicht begründet sei, subjektiv aber nicht, da der Verteidiger den Antrag mit der Erweiterung der Anklage begründet habe. Die Staatsanwaltschaft, sowie die Rechtsanwälte Wittern und Cantor bitten um Ablehnung des Antrages. Rechtsanwalt Dr. Frey führt sodann aus, es komme hier nicht darauf an, ob das BGG. gut oder schlecht sei. Das Gericht habe zu entscheiden, ob das, was hier verurteilt wurde, schädlich war. Nur Lübeck stehe zur Erörterung und nichts anderes. Sodann wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Es wird zunächst der Hauptzeuge, Leiter des Lübecker „Volksboten“, Dr. Solmisch vernommen. Nach der bestimmten Aussage von Dr. Solmisch soll Dr. Alos im Lübecker Untersuchungsansicht, erklärt haben: „Das BGG. halte ich nach wie vor für unschädlich, aber was hier verurteilt worden ist, ist das, was in der BGG.“ Auf die Frage von Rechtsanwalt Dr. Frey, was denn in Lübeck verfüttert worden sei, antwortet Dr. Alos: „Das Calmetteverfahren ist unschädlich. Ich dachte bei meiner Beurteilung, daß entweder der Amalfioff verurteilt werden ist oder daß menschliche Bazillen hineinkommen waren. Der Frau Dr. Aros, wann Dr. Alos der Gedanke einer Virusentfernung gekommen sei, wird vom Vorsitzenden eine andere Fassung gegeben, worauf Dr. Alos antwortet: „Schon

im Mai 1930.“ Nach einer kurzen Vernehmung weiterer Zeugen wird die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Willi Sklaref begründet seine Ansätze.

Berlin, 26. Nov.

Bei Beginn der Donnerstagverhandlung im Sklarefprozess ermahnte der Vorsitzende die Brüder Leo und Willi Sklaref, in Zukunft doch auf Temperamentsausbrüche zu verzichten und nicht mehr so ungeschickliche Angriffe gegen die Zeugen zu führen, wie das in den letzten Tagen geschehen sei. Auf diese Ermahnung hin erbot sich Willi Sklaref, um zu erklären, daß auch er den Wunsch habe, die Verhandlungen in vornehmster Art weiterzuführen. Es liege ihm gar nicht, hier die Zeugen anzupöbeln. Wenn aber die Herren vom Magistrat stets von nichts wüsten, von nichts wissen wollten und sich an nichts erinnern könnten, dann sei es doch wohl möglich, in Erwägung zu geraten, a. B. wenn Herr Schünning sich hinstelle wie ein neugeborenes Kind, oder der Bürgermeister Scholz in einem anderen Prozess unter Eid befände, daß er ihn, Willi Sklaref garnicht kenne, sondern nur Max, während das Gegenteil der Fall sei. Als erster Zeuge wird dann der Verkaufsleiter Deineri aufgerufen, der seit dem Jahre 1924 im Sklarefischen Dienst stand. Deineri bezeugt bei seiner Aussage, daß von den den Bezirksämtern geföhrigen Lagern verchiedentlich Stücke herausgenommen und dann später wieder ersetzt worden seien.

Ein neuer Heinz-Orbis-Prozess.

Der Prozess Heim gegen Förster in der Pfalz.

hld Grünstadt (Pfalz), 26. Nov.

Vor dem Amtsgericht in Grünstadt begann am Dienstag der in politischen Kreisen mit großer Spannung erwartete Prozess Dr. Heim-Förster. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Mattinger, die Erklärung ab, daß dieser Prozess in die Geschichte der Pfalz zurückführe, in eine Zeit, in der die Pfalz Unerröglisches über sich ergehen lassen mußte. Durch seinen Vertreter legte der Privatkläger Dr. Heim ein ärztliches Attest vor. Sein Gesundheitszustand erlaube eine Reise nach der Pfalz nicht, ebensowenig könne Dr. Heim den Verhandlungen folgen. Anschließend gab der Vertreter Dr. Heims eine eidesstattliche Versicherung ab. Dieses bekann, worin erklärt wird, daß ihm nicht das Geringste bekannt sei, daß Heinz-Orbis jemals schriftlich oder mündlich in Beziehung zu ihm getreten sei, sicherlich nicht in politischen Belangen. Das Gleiche gelte auch bezüglich des Sand oder Dr. Sand, an dessen Namen er sich überhaupt nicht erinnern könne, auch solche nicht, die seine Korrespondenz führten, a. B. der Generalsekretär. Er habe Heinz-Orbis nur ein einziges Mal in seinem Leben gesehen. Tatsache sei, daß die bayerischen Bauernvereine, denen er angehört, im härtesten Kampfe mit der freien Bauernschaft standen, also in schärfster Gegnerschaft zu Dr. Heims. Von dem Wortplan an Dr. Heims habe er keine Kenntnis gehabt.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung darüber, ob in Abwesenheit Dr. Heims der Prozess geführt oder ob er vertagt werden solle, entschied das Gericht, daß die Verhandlung auch in Abwesenheit des Dr. Heim durchzuführen werde. Justizrat Wärmuth, der Vertreter Dr. Heims, gab, als verurteilt wurde, sonderbündlerische Behauptungen Dr. Heims nachzuweisen, die programmatische Erklärung ab, daß sich Dr. Heim immer entschieden gegen eine Zertrümmerung des Reiches ausgesprochen habe.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Zeugenvernehmung begonnen und fortgesetzt. Ein Zeuge erklärte, er habe keinen Anhaltspunkt dafür, daß zwischen Heinz-Orbis

und Dr. Heim jemals eine Verbindung bestanden habe, auch sei ihm nichts bekannt, daß die Warnung an Heinz-Orbis von Dr. Heim ausgegangen sei. Die Schwester des Heinz-Orbis, Fräulein Barbara Heins, sagte über das bekannte Tagebuch ihres Bruders aus, in dem wiederholt der Buchstabe H auftaucht. Die Zeugin meinte, es können damit Hitler, Dr. Heim und schließlich auch Ministerpräsident Dr. Heide gemeint sein. Das Tagebuch befände sich jetzt im Ausland. Justizrat Wärmuth stellte fest, daß Dr. Heim sich in keinem Augenblick mit dem Gedanken getragen habe, die Pfalz preiszugeben. Die Sensation der Vormittags-sitzung bildete die Vernehmung des Zeugen Ullsch, dessen Vater im Januar 1924 seine Erinnerungen über eine Unterredung mit Dr. Sand in Gegenwart seines Sohnes (des Zeugen) niedergelagt hat. Dr. Sand soll erklärt haben, daß er als Abgeandter Dr. Heims in die Pfalz gefahren sei, um dort die Stellung der Bevölkerung zu den Plänen über einschneidende politische Umwälzungen zu erkunden. Dr. Heim habe von der

Wiedererrichtung der Kurpfalz von Mainz bis zur Schweizer Grenze, von Kaiserslautern bis Heidelberg

gesprochen. Da in der damaligen Unterredung auch verschiedene Namen genannt wurden, beschloß das Gericht, die Ladung dieser mit Namen genannten Zeugen. Justizrat Wärmuth erklärte zum Schluß, er werde den Nachweis führen, daß der vorgebrachte Tatbestand nicht möglich sei.

Am dritten Verhandlungstage kam es zu einer besonders harten Polemik zwischen dem Beklagten, Rechtsanwalt Weinmann und Justizrat Wärmuth wegen des seinerzeitigen Verhaltens mancher politischer Persönlichkeiten auch in bayerischen Kreisen, die Pfalz preisgegeben, nachdem Berlin zu einem gewissen Zeitpunkt kein Interesse mehr an der Pfalz gehabt habe. Da in diesem Zusammenhang auch wieder Ministerpräsident Heide und Justizrat Dr. Wärmuth ganz energisch dagegen, daß Ministerpräsident Dr. Heide mit separatistischen Meinungen in Verbindung gebracht wurde.



Pflege Deinen Hals täglich —
Gurgel trocken mit **Waldbrunel**
es gehört das zur Hygiene wie das Putzen Deiner Zähne!

RM. 1.— und — 50

Aus der Landeshauptstadt

Bestrafte Schwabhaftigkeit.

Eine vernünftige Gerichtsverhandlung.
Vor dem Richter steht eine kleine vollstän-
dige, die ein gerüttelt Maß unbewiesener Be-
schuldigungen aufstellen vermag: Einer der
Mitschuldigen ein früherer Beamter, der in
seiner amtlichen Stellung in die Kasse der
Mitschuldigen Kohlen, Holz, Zigaretten,
und andere Lebensmittel, eine Anzahl
aus dem Erlöse, er habe einen guten Freund
bei der Polizei, sein Sohn läßt durch Damen-
besuche die nächtliche Ruhe...

Sie scheint über die Verhältnisse ihres Mit-
schuldigers gut informiert. Tag und Nacht lag
sie auf der Lauer, um ihn beim Diebstahl von
Lebensmitteln und Brennmaterial zu ertappen.
Ihre Kellertüre hatte sie mit einer Alarmvor-
richtung versehen — aber er sei so raffiniert ge-
wesen, nicht darauf hereinzufallen. Schließlich
warf sie ihm ein Briefchen mit der Aufschrift „Ach,
mein Einbrecher!“ in den Briefkasten. „Bre-
chereintreffliche Beobachtungen befreit sie nicht
von der Verantwortung, sondern verbreitet sie in der gan-
zen Nachbarschaft. Es ist nicht vernünftig,
sich dem auf diese Weise in keiner Ehre Ge-
winnendes das Leben zur Hölle zu machen und ihm
den Namen schwoll, so daß er eines schönen
Tages der Märdenerzählerin die Worte zurück-
schmeißt: „Pst, verlogenes Mensch, ich
bin tot. Sie ist ja verrückt!“

Der Angeklagte war ein Wiedersehen vor Ge-
richt. Klage und Widerklage. Die Schwägerin
wird in der Sache bei ihren früheren Behauptun-
gen und erfindet neue hinzu. Die Zeugen
sagen nicht, daß der Kläger gefoltert
worden. Die sie treffenden Anschuldigungen, mit
denen er sich zuweilen machte, wurden nicht bestritten.
In die Beweisaufnahme gelangt als Kurio-
sität ein „Herrenschlüpfer“ herein. Der
Kläger, der sich sein schweres Amt mit ironischen
Worten nicht freit, freut sich schon, festzustellen, daß
sein intime Kleidungsstück der Herrin nicht
besonders Beachtung würdig befunden werden
wird. Eine Zeugin bekundet nämlich, der Un-
ternehmer habe Händlarin, den „Herrenschlüpfer“
unter dem Arm, das Haus verlassen. Aber leider
erweist sich der „Herrenschlüpfer“ als ein Miß-
verständnis — es war, wie sich auf nochmalige
Ermittlung der Zeugin herausstellt, nur ein
Schlupfer.

Wie sich der Richter zur Verurteilung zurück-
zog, er die rechtliche Befugnis, wann u. zu
welcher Zeit habe zum Arbeiten und zum
Schlafen, da sie so viele Stunden ihres Lebens
auf der Lauer liege. — Das Urteil bestrafte beide
Missetäter. Der Kläger, dem die 100 Mark Strafe
wegen Verleumdung mit 10 Mark und
wegen Raub der Kosten davon, während die
Klagende 80 Mark Geldstrafe und acht Reuenteil
zu zahlen hat.

Selbstmord.

Am Mittwoch nachmittags brach sich ein ver-
heirateter Ingenieur vor hier in seiner Woh-
nung mit einer Selbstmordabsicht einen Schuß in
den Kopf bei. Er starb in der Nacht. Die wirt-
schaftlichen Verhältnisse sollen den Unglücklichen
zu dem Tode getrieben haben.

Geldsendungen nach dem Ausland und Saargebiet.

Die Handelskammer Karlsruhe sieht sich auf
Grund wiederholter Anfragen veranlaßt, mitzu-
teilen, daß mittels Postanweisungen nach
A u s l a n d nur gegen Vorweisung eines
monatlichen Reisepasses von einem Abnehmer
insgesamt höchstens 200.— Mark
gegen den Gegenwert hiervon eingezahlt werden
kann, sofern nicht ein besonderer Genehmig-
ungsbescheid des Landesfinanzamts als Stelle
des Zahlungsbefehls vorgelegt wird. Der
Besitzer der Karte vermerkt im Reisepass oder in
einem besonderen Genehmigungsbescheid mit
Tage und Betrag des Zahlungsbefehls unter An-
gabe des monatlichen Höchstbetrags von 200.— Mark
gegen den im Genehmigungsbescheid des Landes-
finanzamts angegebenen Höchstbetrag für den
betreffenden Monat durch die Einzahlung nicht
erschritten wird. Postanweisungen amtlicher
Kassen bleiben hiervon unberührt.

Maßnahmen (auf Briefsendungen und
Posten) sowie Postaufträge aus dem Aus-
land nach Deutschland sind nur bis zum Höchst-
betrag von 200.— Mark oder dem Gegenwert
des Postens zulässig. Nachnahmen und Postaufträge
aus dem Ausland, deren eingezogene Beträge
auf ein Postkassenkonto in Deutschland überwie-
sen werden sollen, werden hiervon nicht berührt.
Maßnahmen aus Deutschland nach dem
Ausland, bei denen der eingezogene Betrag
auf ein Postkassenkonto im Bestimmungsland der

Wie der Kaffee uns belebt,
so belebt Weber's den Kaffee.
Deshalb ist Kaffee mit Weber's
ein doppelter Genuß.
Das echte weiß-blaue

Sendungen überwiesen werden soll, dürfen nur
bis zum Gegenwert von insgesamt höchstens
monatlich 200.— Mk. von einem Abnehmer ver-
sandt werden, sofern er nicht einen besonderen
Genehmigungsbescheid des Landesfinanzamts
vorlegt. Der Gegenwert solcher Nachnahmen in
Reichsmark ist ebenfalls im Reisepass oder in
dem besonderen Genehmigungsbescheid des Lan-
desfinanzamts unter Angabe des Tages und

Beidrückung des Aufgabestempels zu vermerken.
Hierbei achtet der Aufnahmebeamte sorgfältig
darauf, daß der monatliche Höchstbetrag von
200.— Mark oder der in dem Genehmigungs-
bescheid des Landesfinanzamts angegebene
Höchstbetrag nicht überschritten wird. Wie die
Handelskammer Karlsruhe weiter mitteilt,
gelten die vorstehenden Bestimmungen auch für
den Verkehr mit dem Saargebiet.

Levita-Schweck vor Gericht.

Am 16. Dezember Beginn der Verhandlung.

Wie wir erfahren, beginnt Mittwoch, den 16.
Dezember im Karlsruher Schwurgerichtssaal
vor dem Karlsruher Schöffengericht unter dem
Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Strauß die
Hauptverhandlung gegen den Kaufmann Harry
Levita aus Pfaffenberfurt und den Zeitungs-
verleger Johann Pfeiffer aus Baden-Baden.
Die Anklage lautet auf mehrfache Erpressung
und Erpressungsverfuch gegenüber den Ge-
schäftsführern der Firma Reemtsma Zigaretten-
fabriken G. m. b. H. in Altona. Es ist mit einer
Prozessdauer von drei Tagen zu rechnen. Das
Verfahren gegen den ins Ausland geflüchteten
Kaufmann Willi Schweck aus Dortmund wird
abgetrennt.

eine Anzeige der Firma Reemtsma, welche
dabei erklärte, sie habe keinerlei strafbare oder
unlautere Machenschaften zu verdecken gehabt,
jedoch an Levita und Schweck auf deren Drohung
mit Veröffentlichung angeblich standalöser Vor-
gänge erhebliche Geldbeträge — man spricht
von rund 50 000 Mark — bezahlt bzw. die zur Ver-
öffentlichung bestimmten Broschüren abgekauft,
weil sie unter den damaligen Verhältnissen im
Frühjahr 1929 erhebliche geschäftliche Schädi-
gungen durch solche Veröffentlichungen be-
fürchtet habe. Auf neue Erpressungsversuche
hin, erfolgte die Anzeige; es wurde mit Ver-
öffentlichungen in der Badischen Volkszeitung
in Baden-Baden gedroht, von welcher Schweck
zwei Drittel der Anteile erworben hatte, wäh-
rend Levita an der Volkszeitungs-Verlags-G. m.
b. H. mit Geld nicht beteiligt war. Die in den
Broschüren aufgestellten Behauptungen beziehen
sich auf steuerliche Vorgänge bei den Firmen
Reemtsma-Batshari, deren Verhältnisse Levita,
der früher Direktor der Batshari A.-G. war,
und Schweck bekannt waren. Schweck war mit
der Reorganisation der Zigarettenfabrik Bat-
shari von Herrn Borg seinerzeit beauftragt und
ist seit vielen Jahren bekannt und in Verbin-
dung mit Herrn Philipp Reemtsma, der u. a.
auch als Zeuge in dem Prozeß gehört werden
wird.

Wie erinnerlich wurde am 6. Mai ds. Js. vom
Untersuchungsrichter mit Unterstützung durch die
Kriminalpolizei Baden-Baden in dem Verlags-
und Redaktionsgebäude der Badischen Volks-
zeitung in Baden-Baden, wo Levita und Schweck
ein Arbeitszimmer hatten, eine Durchsuchung
nach Schriftstücken vorgenommen. Bei dieser
Gelegenheit wurde Levita, der sich seitdem in
Unterhübschaft befindet, festgenommen. Der
Mitangeklagte Schweck hielt sich zur Zeit der
Festnahme Levitas in Dortmund auf und flüch-
tete — offenbar auf eine Warnung von Baden-
Baden hin — nach Frankreich. Das Verfahren
gegen Levita und Schweck wurde eingeleitet auf

Notruf der Neuhausbesitzer.

Es muß Hilfe geschafft werden.

Die Vereinigung der Neuhausbesitzer Karlsru-
he und Umgebung hat es sich zur Pflicht ge-
macht, die Desorientierung über die Not, die in
den Kreisen der Hausbesitzer herrscht, zu orien-
tieren und über die Schritte zu unterrichten,
die zur Milderung der Lage bis jetzt unter-
nommen wurden. Zu diesem Zwecke wurden
in der Umgebung der Landeshauptstadt eine
Reihe von Versammlungen abgehalten, über
die wir hier einen zusammenfassenden Bericht
geben.

Der Verlust an Eigenkapital ergibt eine
Summe von zirka 5 Milliarden Mark am
Volksvermögen.

In Hagsfeld wurde die Versammlung
unterstützt über die unternommen und noch
zu unternehmenden Schritte seitens der Landes-
vereinigung bei den verschiedenen Behörden.
Besondere wurde ferner, daß die Vereinigung
nicht gegen die Mieter und Mieter-
vereinigungen gerichtet ist, sondern
eine Interessengemeinschaft darstellt, zusammen-
geschweißt durch die gemeinamte Not. Die zu-
nehmende Not der Neuhausbesitzer trete immer
kräftiger in Erscheinung und mache auch nicht Halt
vor den Saugöffenshaften. Teils durch Ar-
beitslosigkeit sowie durch die geklunnten Löhne
und Gehälter usw. sind die Verhältnisse im
Neuhausbesitz derart zugekippt, daß es zur Kata-
strophe kommen muß, wenn nicht Milderung
der Notstände eintritt.

Alle Zinsentzugsmaßnahmen bleiben aus,
manche Banken haben sogar während der Krise
nach dem 13. 7. 31 ihre Zinsen von 7 1/2 Prozent
um 6 Prozent auf 13 1/2 Prozent erhöht! Der
Mieteausschlag infolge Nichtzahlung wird
immer größer. Nur schnellste und wirksame
Hilfe kann den Neuhausbesitz noch retten. Der
Antrag an den Bezirkswohnungsverband
auf Ermäßigung der Zinsen vorerst
auf 1 Prozent und völliges Aussetzen der Til-
gungen, sowie Anträge auf Hilfe für besonders
schwer betroffenen Neuhausbesitzer, die schon länger
Zeit erwerbslos und sogar ausgeteuert
sind, bei großen Familien etc., auf Aussetzen
der Tilgungen aus 1. Hypotheken, sollen eine
angenehmliche kleine Erleichterung bringen.

In Gröningen wurde die Versammlung
unterstützt über die unternommen und noch
zu unternehmenden Schritte seitens der Landes-
vereinigung bei den verschiedenen Behörden.
Besondere wurde ferner, daß die Vereinigung
nicht gegen die Mieter und Mieter-
vereinigungen gerichtet ist, sondern
eine Interessengemeinschaft darstellt, zusammen-
geschweißt durch die gemeinamte Not. Die zu-
nehmende Not der Neuhausbesitzer trete immer
kräftiger in Erscheinung und mache auch nicht Halt
vor den Saugöffenshaften. Teils durch Ar-
beitslosigkeit sowie durch die geklunnten Löhne
und Gehälter usw. sind die Verhältnisse im
Neuhausbesitz derart zugekippt, daß es zur Kata-
strophe kommen muß, wenn nicht Milderung
der Notstände eintritt.

Erfolgreiche Hilfe kann erst eintreten, wenn
die Baubankstellen nachgelassen sind.

In Gröningen wurde die Versammlung
unterstützt über die unternommen und noch
zu unternehmenden Schritte seitens der Landes-
vereinigung bei den verschiedenen Behörden.
Besondere wurde ferner, daß die Vereinigung
nicht gegen die Mieter und Mieter-
vereinigungen gerichtet ist, sondern
eine Interessengemeinschaft darstellt, zusammen-
geschweißt durch die gemeinamte Not. Die zu-
nehmende Not der Neuhausbesitzer trete immer
kräftiger in Erscheinung und mache auch nicht Halt
vor den Saugöffenshaften. Teils durch Ar-
beitslosigkeit sowie durch die geklunnten Löhne
und Gehälter usw. sind die Verhältnisse im
Neuhausbesitz derart zugekippt, daß es zur Kata-
strophe kommen muß, wenn nicht Milderung
der Notstände eintritt.

Bei vielen Objekten, gerade auf dem Lande
wie die Erfahrungen und dauernde Fühlung-
nahme mit der Landbevölkerung zeigen, reicht
auch diese Hilfe nicht aus, da die Baubankstellen
im Verhältnis zur Bauunternehmung so gering sind,
daß auch der Nachschub nicht mehr helfen kann.
Für solche Fälle müßte eine weitere Zuschnit-
tung einsehen, damit diese Häuser auf den glei-
chen Entwerterindex gebracht werden können
und die Mieten die Läden decken.

Architekt Hermann Lösch sprach auch in Ver-
gängen und schiederte zunächst die Entwid-
lung zur heutigen Notlage des Neuhausbesitzes.
Die

Die Netz- und Bezirkskarten der Reichsbahn.

Ab 1. Januar 1932 — 16 Netzgebiete.

Am 1. Januar 1932 wird die Reichsbahn
Netz- und Bezirkskarten einführen.
Zur Bildung von Netzarten ist das gesamte
Reichsbahngebiet in Zusammenarbeit mit den
interessierten Verbänden in 16 Gebiete ein-
geteilt worden, die sich zum Teil überschnei-
den und von denen jedes etwa 6000 Km. umfaßt.
Ein solches Teilgebiet kann auf Netzarten
ausgegeben werden, welche häufig bereit wer-
den. Ueber diese Gliederung hinaus werden
die Reichsbahndirektionen in ihren Wirtschafts-
gebieten eine Unterteilung nach Verkehrsge-
bieten kleineren Umfangs vornehmen. Solche
Gebiete können mit Bezirkskarten bereit
werden. Sie sollen je nach Bedarf einen Strecken-
umfang von etwa 600 oder 1000 Km. umfassen
bei einer durchschnittlichen Luftlinienentfernung
zwischen den äußersten Endpunkten ihres Gel-
tungsbereichs von etwa 75 oder 100 Km.

Die Techn. Hochschule im Ausland.

Eine Vereinigung von vier schwedischen Ver-
einen mit dem Sitz in Stockholm: der Schwedi-
sche Architektenverein, die Schwedische Ver-
einigung der Elektrizitätswerke, der Schwedische
Elektroingenieurverein und der Schwedische
Verein für Plastik, veranstalteten in der
Mitte dieses Monats unter Führung des letzt-
genannten Vereins einen Vortragskursus über
„Moderne Lichttechnik“ oder, wie es die Schweden
kennzeichnend nennen: „Lichtkultur“. Für
die sechs Vorträge waren drei Redner geladen,
die alle drei mit dem Lichttechnischen Institut
unserer Hochschule in enger Verbindung stehen.
Den ersten und letzten Vortrag, nämlich über
„Lichttechnik und Lichtkunst“ und „Die Psycho-
logie und Ästhetik der Lichttechnik“ hatte der
Direktor des Lichttechnischen Institutes, Prof.
Dr. Feichmüller, übernommen. Zwei Vor-
träge, über „Licht, Auge und Sehen“ und über
„Das Licht als Werkzeug“ hielt Ober-Ing. A.
Schneider von der Östram G. m. b. H., Ber-
lin, ein ehemaliger Schüler und Assistent des
Lichttechnischen Institutes. Die übrigen zwei
Vorträge, über „Beleuchtungsfragen zur For-
mung des Lichtes“ und „Technische Aufgaben der
Lichtarchitektur“ hielt Dr.-Ing. A. H. Hal-
bertsma, Ober-Ing. der Philips-Glüh-
lampenfabriken in Eindhoven, der früher als Pri-
vatschüler am Lichttechnischen Institut lehrte.
Die Vorträge waren von ungefähr 200 Hörern
besucht, unter denen sich auch der deutsche Ge-
sandte befand; sie hatten nach einstimmigem Ur-
teil der Hörer vollen Erfolg und verriechen,
die Absicht der veranstaltenden Vereine zu er-
füllen, nämlich der Pflege der Lichttech-
nik und Lichtkultur in Schweden einen
neuen energischen Anstoß zu geben. Wie sehr
die deutsche Lichttechnik in Schweden, dem Land
der langen Nächte, geschätzt wird, zeigt nicht nur
aus der Wahl der Vortragenden, sondern auch
aus den uns vorliegenden Zeitungsberichten
hervor; die führenden schwedischen Zeitungen:
„Stockholms Tidningen“ und „Evenska Da-
bladet“ bringen längere Interviews, in denen
Prof. Feichmüller über die deutsche Lichttechnik
und die Anwendbarkeit ihrer Erfolge auf schwedi-
sche Verhältnisse ausgefragt wurde. Bezeich-
nend ist es auch, daß einer der Schüler des
Lichttechnischen Institutes, Diplom-Ingenieur W.
Stenael, sei etwa einem halben Jahre bei
einer führenden schwedischen lichttechnischen
Firma angestellt ist.

Der Schallplattenstreit.

Nur noch Kunstplatten im Rundfunk.

Wie bekannt, waren zwischen den Schallplat-
tenfabrikanten und dem Rundfunk Differenzen
wegen der allzu starken Verwendung der
Schlagplatten entstanden, die die Schallplat-
tenfabrikanten veranlaßten, dem Rundfunk ein
Ultimatum zu stellen, wonach am 29. November
keine Schallplatten mehr gesendet werden sol-
ten. Die Lage ist zurzeit so, daß sich die Schall-
plattenfirmen bereit erklärt haben, dem Rundfunk
das Spielen von künstlerisch hochwertigen
wertvollen Platten zu erlauben. Da dadurch
aber immerhin recht bedeutende Verluste in
der Sendung entstehen, will der Rundfunk diese
Verluste durch musikalische Darbietungen aus-
füllen. Für diese Vorträge sollen in erster
Linie erwerbslose Künstler herangezo-
gen werden.

In dem neuen Programm kündigt sich bereits
die neue Maßnahme an: Die Schallplattenfon-
dation, die in der Vortragsfolge bisher einen er-
heblichen Teil der Tagesleistung des Rundfunk-
senders ausmachen, sind außerordentlich ge-
fürzt, für die übrige Zeit beschränkt sich die An-
gabe auf die allgemeine Bezeichnung „Konzert“.

Netz- u. Bezirkskarten werden als Monats-
karten ausgegeben, ohne Bindung an den
Kalendermonat. Es ist also möglich, Karten von
jedem beliebigen Wochentage ab einen vollen
Monat zu benutzen. Außerdem werden Be-
zirkskarten auch für eine Kalender-
woche als Bezirksstammkarten ausge-
geben. Die Netzarten gelten für alle Züge
also auch für Schnellzüge, ED — ESD und
Vorzugszüge können gegen Zahlung der beson-
deren tarifmäßigen Zuschläge dieser Züge eben-
falls benutzt werden. Die folgenden Zahlen in
Klammern sind die Preise bei Benutzung der
zweiten Klasse.

Als Preise für die Netzarten sind in Aus-
sicht genommen: Für die 3. Klasse 100 RM (130).
Für die Netzarten des wesentlich kleineren
Netzes Ostpreußen soll der Preis in der 3. Klasse
auf 65 RM (82) angelegt werden. Außerdem
wird für Dampfer in Verbindung mit Berlin
eine Netzarte zum Regelpreis von 100 RM (130)
ausgegeben. Werden gleichzeitig Netzarten für
mehrere aneinander anschließende Netze gelöst,
so ermäßigt sich der Preis für das zweite Netz
um 40 v. H., der für jedes weitere Netz um 60
v. H., jedoch als beispielsweise eine Karte
3. Klasse für drei Netze 100 plus 60 plus 40,
gleich 200 RM kostet.

Die Preise für Bezirkskarten für
kleine Bezirke (bis 600 Km.) stellen sich in der
3. Klasse Personenzug auf 40 RM (52), in der
3. Klasse Eilzug auf 52 RM (65). Bei Bedarf
sollen wie erwähnt auch Bezirkskarten für grö-
ßere Bezirke mit etwa 1000 Km. Streckenlänge
und 100 Km. Luftlinienentfernung ausgegeben
werden, die für Personenzüge in der 3. Klasse
50 RM (65) und für Eilzüge in der 3. Klasse
65 RM (80) kosten werden. Die Bezirksstiel-
nehmerkarten werden ebenfalls für kleine und
große Bezirke ausgegeben und kosten für kleine
Bezirke 3. Klasse Personenzug 15 RM (18),
3. Klasse Eilzug 18 RM (22), für große Bezirke
3. Klasse Personenzug 17 RM (22), 3. Klasse Eil-
zug 22 RM (27).

Die geplante Erneuerung soll zunächst für
Reichsbahnstrecken Gültigkeit haben. Eine Ein-
beziehung von Privatbahnen u. Kräftepostlinien
bleibt späteren Verhandlungen vorbehalten.

Wegen Veranfristung unerlaubten Glückspiels

gelant ein verheirateter Kaufmann von auswärts zur Anzeige, weil er im Oktober in verschiedenen Wirtschaften hier Geldspielautomaten aufstellen ließ...

Diebstähle.

In der Nacht zum Mittwoch versuchte ein unbekannter Täter in ein Verkaufshäuschen in der Dorfstraße einzubrechen...

In der Nacht zum Donnerstag schlug ein unbekannter Täter an einem in der Sommerstraße aufgestellten Personkraftwagen eine Scheibe ein...

Am Mittwoch wurden vier Fahrraddiebstähle angezeigt; zwei Fahrräder wurden herrenlos aufgefunden...

Der kürzeste Weg.

Vortragsfolge von Robert Spring.

Es war vielleicht ein Wagnis, mit diesen Themen in die Öffentlichkeit zu treten, aber der Erfolg zeigt, daß unsere Zeit reif ist für diese Art unterschiedenen Denkens...

Konsularische Vertretung Mexikos. Der zum Vizekonsul von Mexiko in Mannheim ernannte Herr Theodor Landauer ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Wetternachrichtendienst

der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Verbindung mit einer neuen Station, die gegen den Kanal vordringt...

Das R. G. V. Schwimmfest.

Ein Ereignis des Karlsruher Schwimmsports.

Bei dem am kommenden Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, stattfindenden großen Klubkampf des Saarweihers S.V. Saarbrücken 08 gegen den badischen Meister im Wasserball R.S.V. 09...

Zwischen den einzelnen Programmnummern des Klubkampfes werden keine, wie das sonst allgemein bei Klubkämpfen üblich ist, internen Nahkampf ausgeführt...

schon starkes Auffrischen der Winde verursacht hat, wird ein erneuter Vorstoß ozeanischer Warmluft nach Mitteleuropa erfolgen...

Wetterausblick für Freitag, den 27. Nov.: Auffrischende und in der Höhe zum Teil stürmische Südwestwinde...

Wetterdienst des Frankfurter Universitäts-Instituts für Meteorologie und Geophysik.

Ausichten für Samstag: Fortdauer des ziemlich milden und meist frühen Wetters, nicht durchweg regenreich.

Table with 2 columns: Location and Weather/Temp. Includes Waldshut, Badst, Schaffhausen, Rheinfelden, Wehr, Mannheim, and Gelnhausen.

Mitteilungen des Bad. Land-theaters.

Das am Freitag, dem 27. November, zur Erstaufführung kommende Schauspiel 'Der Graue' des jungen Dichters Friedrich Forster...

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle und Verlobungsanzeigen. 23. Nov.: Klaus, alt 1 Jahr 8 Mon., Vater Karl S. u. b. er, Musiker. Baden-Baden. - 24. Nov.: Emilie Käthe, alt 33 Jahre, Krankenschwester...

Veranstaltungen.

Karlsruher Hausfrauenbund. Die alljährlich zu Gunsten solcher Frauen, die sich scheuen, ihre Armut zu zeigen...

Zum Vortrag und zur Bildvorführung Kurt Hiescher im Künstlerverein hier am 1. Dezember...

Die Vorkühnung moderner Gesellschaftskritik auf die Damen- und Herrenwelt...

Schauturnen des R. T. V. 46

Wer am Sonntag morgen Gelegenheit hatte, in der Festhalle dem Uebungsbetrieb des R. T. V. anzuzusehen...

Nach dem Schauturnen findet ein Festakt in der Festhalle statt, der den zu ehrenden Mitgliedern des Vereins gilt...

Fänge zeigt und dabei auch Gelegenheit geboten ist, sich selbst in modernen Tänzen zu betätigen...

Der seit 1888 bestehende Verein von Bogenschützen veranstaltet am 28. und 29. ds. Mis. im großen Reichshofsaal eine Ausstellung von Kanarien...

Heiterer Wiener-Abend im Künstlerhaus. Wie bereits angekündigt, findet am Samstag, den 28. ds. Mis., ein zweiter heiterer Wiener-Abend...

Wohltätigkeitsveranstaltung in Mühlburg. Der evang. Karl-Friedrich-Pfarr: veranstaltet am Sonntag, den 29. November...

Wohltätigkeitsveranstaltung in Mühlburg. Der evang. Karl-Friedrich-Pfarr: veranstaltet am Sonntag, den 29. November...

Karlsruher Opern- und Schauspielführer. 'Der Graue' - Schauspiel von Friedrich Forster.

Hans wird zuhause seelisch mißhandelt und in der Schule moralisch geduldet. Was zuhause aus Mangel an Verständnis und Einfühlung...

teilung und sein Ansehen steigt beträchtlich. Aber Selma Schwan, die Freundin, ist der Meinung, daß eine Liebe der anderen mehr...

Dieser Herr ist modern, elegant und vorbildlich gekleidet. Sein Schick verrät Geschmack und gute Einkaufsquellen.

Advertisement for clothing and accessories. Includes sections for 'Der Hut', 'Der Anzug', 'Herren-Schuhe', 'Die Uhr', 'Der Stockschild', 'Schirm-Weing', and 'Gravatten - Cechen'. Includes an illustration of a man in a suit.

Wer in den genannten Geschäften kauft, wird gut beraten, weil und preiswert bedient.

Die Hintergründe der hessischen Verschwörung.

Das merkwürdige Manifest. — Erklärung des Oberreichsanwalts und der Münchener Parteileitung.

Darmstadt, 26. Nov.

Das Ergebnis der überraschenden Politisation gegen eine Reihe nationalsozialistischer Führer liegt nunmehr in großen Zügen vor. Die angeführten Dokumente, an denen die hessische Verschwörung im wesentlichen festzustellen ist, sind dem Oberreichsanwalt zur weiteren Bearbeitung übergeben worden. Die Urteile der hessischen Gerichte sind der Reichsanwaltschaft mitgeteilt worden. Am Donnerstag nachmittag haben erneut Durchsuchungen im hessischen Haus stattgefunden. Die Politisanten beschlagnahmten verschiedene Materialien, die zurzeit noch aufbewahrt werden. In der hessischen Presse wird es sich um den Briefwechsel des hessischen Landtagspräsidenten mit dem Reichsanwalt, Dr. Götting, W.D.N., über die Erklärung der Pressestelle der Reichsleitung der N.S.D.A.P. handeln.

Es ist wieder der Reichsleitung noch der hessischen Partei, noch sonstigen höheren Parteioberorganisationen der N.S.D.A.P. das Manifest von dem Vorstandesmitglied der hessischen Partei bekannt gegeben. Die Nachricht davon erhielten wir erst durch die Presse. Sollte dieses Schriftstück tatsächlich existieren, so kann es nur die Privatarbeit eines hessischen Parteimitglieds darstellen. Die Partei ist nicht in der Lage, ihre etwa 800.000 Mitglieder zu überzeugen, um so wenigstens in letzter Zeit das Manifest von Mitgliedern und Propagandateuren anzunehmen.

Es ist unmöglich, den so sehr gewünschten Zusammenhang zwischen dem Schriftstück und der hessischen Partei herzustellen. Dr. Schäfer, der die Meinung und Mitteilung gemacht hat, dass die hessische Partei von der Sozialdemokratie zu uns geflohen, scheinbar also in der hessischen Partei Material zu fabrizieren. Es ist

festgestellt, daß die ganze Aktion zunächst vom preussischen Innenministerium ausgeht und daß die Polizei sich krampfhaft Mühe gibt, die Partei hier festzuhalten. Sollten tatsächlich Parteimitglieder über staatsliche Probleme Privatarbeiten in illegalem Sinne entworfen haben, so schließen sie sich damit gemäß der seinerzeitigen Verfügung von selbst aus der Partei aus. Die ganze Aktion sieht nach bestellter marxistischer Spionagearbeit aus. Die Partei wird in der Lage sein, hierfür den Beweis anzutreten. Ich stelle nach wie vor ausdrücklich fest, daß die Parteileitung rückhaltlos zu der beschworenen Legalität steht und daß auch nur in diesem Sinne bisher Verhandlungen bezüglich einer Regierungsabklärung in Hessen unterhalten worden sind.

Der Oberreichsanwalt Dr. Werner

übergab der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Ob wirklich der Tatbestand des Hochverrats vorliegt, muß noch geklärt werden. Soweit das Schriftstück jetzt als Stütze zur Feststellung des Tatbestandes in Betracht kommt, handelt es sich doch offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine auf Grund der jetzt geltenden Verfassung im Umfange sich befindliche Regierung nicht richten. Vielmehr ist voranzusetzen, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung geführt und durch die Herrschaft der „Kommu“ ersetzt sei. Diese ungesetzliche „Kommuneherrschaft“ sei dann abgelöst durch die Nationalsozialisten und erst dann sollen die Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit und Ruhe in Kraft gesetzt und durchgeführt werden. Ob die weitere Unterjochung der Angelegenheit einen anderen Tatbestand ergibt, bleibt abzuwarten. Zurzeit wird der Wirtschaftsreferent Dr. Schäfer im Reichsgericht vernommen.

Das geheimnisvolle Manifest.

Der Verfasser Best gibt Aufklärung.

Der hessische Parteipressestellen der N.S.D.A.P. wird die längere Erklärung verbreitet, wonach Dr. Best, der als Verfasser des Manifestes der hessischen Partei heraustritt, am Donnerstag nachmittag auf dem hessischen Landtag eine für die hessische Partei wichtige Erklärung abgab. In der Erklärung, die der Verfasser eines Entwurfs, so die Erklärung, von dem preussischen Innenminister der hessischen Partei übergebenen „Material“ teils richtig, teils geändert wiedergegeben sind. Als um den 1. August d. J. allgemein ein kommunistischer Aufstand erwartet wurde und von den Dienststellen der N.S.D.A.P. keine Weisungen für den Fall gegeben wurden, entschloß ich mich, den Aufstand und ohne Fühlungnahme mit den hessischen Parteimitgliedern der Partei zur Ausarbeitung der hessischen Parteileitung zu übergeben. Wenn die legalen Vertreter der hessischen Partei durch den geglätteten Hochverrat der hessischen Partei beseitigt worden wäre, hätte nach meiner Auffassung die nationale Bewegung, an der Spitze die N.S.D.A.P., die Pflicht gehabt, von ihr zusammengekrachten Kräften befreit auch die Ermahnung von Landesparlamenten neben den S. A. der N.S.D.A.P. I) ans Reich zu stellen. Die Ermahnung von Landesparlamenten über die rechtlichen und wirtschaft-

lichen Möglichkeiten meiner Vorschläge. In diesem Stadium blieb die Bearbeitung der Angelegenheit auf sich beruhen, da die politische Entwicklung seit dem 1. August d. J. ihre weitere Erörterung überflüssig machte. Keine Dienststelle der N.S.D.A.P., besonders auch weder der damalige Gauleiter, Gemeinderat noch die Reichsleitung, haben von meinem Entwurf mittelbar oder unmittelbar Kenntnis erhalten. Die Nichtkenntnis ist auch nicht in einer „geheimen Sitzung“ auf dem hessischen Hof beschlossen worden. Ich habe vielmehr gelegentlich eines Zusammenkommens auf diesem Hof, das an sich anderen Zwecken galt, den von mir allein hergestellten Entwurf einigen (nicht allen) der Anwesenden zur Kenntnisnahme und Aeusserung übergeben.

Der jetzige Denunziant Schäfer-Offenbach hat als der damalige Leiter des Gauleitersbüros der N.S.D.A.P. Gau Hessen meinen Entwurf mit mir öfters durchgesprochen, ohne den bedingten und deshalb durchaus legalen Charakter der von mir angeregten Erörterungen zu bezwei-

fein. Wenn Schäfer jetzt eine andere Darstellung der Vorgänge gibt, so will er sich durch die bewußt eingestellte Denunziation dafür rächen, daß ich im Auftrage des Gauleiters von Hess, Mitglied des Reichstags, die Ermittlungen durchführte, die kurz vor der Landtagswahl ergaben, daß Schäfer durch Verschweigen seiner Verhaftung wegen Verstoßung um und durch falsche Angaben über seine Laufbahn und seine berufliche Stellung seine Kandidatur für den hessischen Landtag bei der N.S.D.A.P. erschwindelt hat. Wenn ich noch darauf hinweise, daß Schäfer vor seiner im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Verurteilung durch psychiatrische Gutachten als schwerer Psychopath und als stark vermindert zurechnungsfähig festgestellt wurde, so dürfte die Deffenlichkeit nunmehr in der Lage sein, sich über die Bedeutung des von dem preussischen Innenminister veröffentlichten Materials ein abschließendes Urteil zu bilden.

Aus der persönlichen Abgabe dieser Erklärung durch Dr. Best ergibt sich im übrigen, daß die Vermutung, daß Best acflüchtet sei, den Tatsachen nicht entspricht. In Leipzig ist Dr. Schäfer aus Offenbach den ganzen Donnerstag über als Zeuge vernommen worden, und zwar durch den Oberreichsanwalt Dr. Werner selbst, durch Reichsanwalt Jorns und Amtsgerichtsrat Dr. Bauer. Dr. Schäfer soll als Zeuge nunmehr entlassen werden. Er sprach sich, wie der Telegraphen-Union mitgeteilt wurde, dahin aus, daß er keine Mitteilungen an den Politisierungspräsidenten in Frankfurt am Main und an die preussische Regierung nur deshalb gemacht habe, um diese Stellen von den wirtschaftlich unfähigen Männern des Herrn Dr. Best zu unterrichten. Sein Ziel sei nur darauf gerichtet gewesen, zu zeigen, mit welcher unmöglichen wirtschaftlichen Gedanken einzelne Leute in der N.S.D.A.P. umgingen. Ueber irgend welche politischen Wege oder Ziele habe er selbst sich Gedanken nicht gemacht.

Hitler gegen jede Koalition?

TU. München, 25. Nov.

Anlässlich der Wahlen sprach Adolf Hitler am Mittwoch in einer vom Nationalsozialistischen Studentenbund veranstalteten Versammlung im Bürgerbräukeller. Hitler schilderte in einer zweistündigen Rede die Ziele der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung und erklärte u. a.: Solange die Frage des Nationalsozialismus nicht entschieden sei, könne Deutschland als Kraftfaktor in der Welt nicht in Erscheinung treten. Erst müsse das Volk zur inneren Einheit gebracht werden, bevor ein Staatsmann etwas anrichten könne. Der Nationalsozialismus schaffe ein neues Volk und eine neue Führung. Er begnügte sich nicht damit, regnerisch mit anderen Parteien zusammen an der Gestaltung des deutschen Schicksals teilzunehmen und eine Regierung zu bilden; denn die N.S.D.A.P. kämpfe um die Seele unseres Volkes.

Konstanzer Antifaschisten freigelassen.

Kur kleine Geldstrafen.

blid Konstanz, 26. Nov.

Da von Italien kein Antrag auf Anwendung des Paragraphen 120 des Reichsstrafgesetzbuches gestellt worden ist, sind heute die drei Antifaschisten, die nach dem missglückten Start auf dem Konstanzer Flugplatz zu einem Propagandaflug über italienisches Gebiet, am 7. November verhaftet worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Baffanese wurde lediglich wegen Fahrgeldes zu 250 RM. und Roselli wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 100 RM. Geldstrafe verurteilt. Gegen Targiani wurde keine Anklage erhoben.

Gesundbeterin vor Gericht.

Ein interessanter Prozeß.

(Berlin, 25. Nov.)

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wickelte sich am Mittwoch ein Prozeß ab, der keinen alltäglichen Stoff bot. Angeklagt war die 63jährige Ehefrau Emma Kühn, die durch fahrlässige Handlungsweise den Tod des Kaufmanns Raeth herbeigeführt haben soll. Die Angeklagte ist eine Gesundbeterin und gehört der „Vierten Kirche Christi“ an, die auf der Grundlage der Christian Science beruht. Der im Jahre 1920 verstorbene Kaufmann Raeth war schon seit fünf Jahren an Tuberkulose erkrankt. Sein Leiden wurde schließlich durch ärztliche Hilfe gebessert, so daß er wieder seinem Beruf nachgehen konnte. Im Jahre 1929 verschlimmerte sich sein Leiden erneut und Raeth wurde auf Drängen der Krankenkasse in das Krankenhaus Weiskensee aufgenommen. Inzwischen war aber Raeth Anhänger der „Vierten Kirche Christi“ geworden. Ein Helfer der Kirche behandelte seit anderthalb Jahren Raeth und übertrug die Weiterbehandlung der Frau Kühn. Auf ihre Veranlassung soll Raeth gegen den Rat des Arztes das Krankenhaus verlassen haben. Erst als sich sein Zustand immer mehr verschlimmerte, zog Frau Raeth eine Ärztin zu Rate. Die angeklagte Gesundbeterin soll nun den schwerkranken Kaufmann Raeth veranlaßt haben, jede medizinische Hilfe außer acht zu lassen. Auch als eine eitrige Rippenfellentzündung hinzutrat, verbot Raeth auf ihre Weisung dem Arzt, eine notwendige Punktion vorzunehmen.

In der Verhandlung führte die Gesundbeterin eingehend aus, was sie unter einer Gemütsheilung verstand. Frau Kühn bestritt, Raeth von der Befolgung der ärztlichen Anordnungen abgeraten zu haben. Für ihre Behandlung habe sie wöchentlicher einen Betrag von 3 bis 4 Mark erhalten. Die Ehefrau des verstorbenen Kaufmanns bestritt aber die Gesundbeterin schwer. Sie habe die ärztliche Behandlung unterlagert, indem sie erklärt habe, das sei nicht richtig, daß man Gott so die Ehre versage. Auch als der Kranke einmal seine Temperatur habe messen wollen, habe sie Einspruch erhoben, weil dies ein materielles Hilfsmittel sei und im Widerspruch zur Hilfe Gottes stehe. Der Direktor des Weiskensee Krankenhauses, Dr. von Domarus, als Zeuge und Sachverständiger vernommen, teilte dem Gericht mit, daß Kaufmann Raeth von Anfang an bei seiner Behandlung Schwierigkeiten gemacht habe. Das Schöffengericht verurteilte die Gesundbeterin wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

Explosionsunglück in Warschau.

Fünf Todesopfer.

Warschau, 26. Nov.

Ein furchtbares Unglück, dem fünf Personen zum Opfer fielen, ereignete sich am Mittwoch in der Wohnung des Kraftwagenführers Duschowski, durch dessen Nachlässigkeit ein Benzinhälter explodierte. Die Explosion war so heftig, daß die Wände der Nachbarwohnungen eingerissen wurden. Die Wohnung Duschowskis stand im hellen Flammen und sehr rasch breitete sich das Feuer auf die Nachbarräume aus. Nach dreistündiger Rettungsarbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand zu löschen. Unter den Trümmern der durch Explosion und Feuer zerstörten Wohnräume wurden die zum Teil verrosteten Leichen des Kraftwagenführers Duschowski, seiner 18-jährigen Schwester und seiner Braut, in den Nachbarräumen die Leichen einer Frau und eines zweijährigen Kindes gefunden. Drei weitere Kinder haben schwere Verletzungen davongetragen.

Des Nächsten Not verpflichtet Gib zur Winternothilfe!

Auch
Spielwaren
nur von
Schmoller

Der Rechtsanwalt

ist der Kraft seines Berufes, sachkundige Berater und Vertreter des rechtlichen Interesses in allen Angelegenheiten und vor allen Behörden. Seine Aufgabe erschöpft sich nicht in der Interessenvertretung vor den Zivil- und Strafgerichten, den Steuer- und allen sonstigen Verwaltungsbehörden und -gerichten einschließlich der lokalen Selbstverwaltung, vielmehr gehört zu seinem Tätigkeitsgebiet insbesondere auch:

Die zur Vertretung von Prozessen gebotene Vertretung im rechtsgeschäftlichen Verkehr, bei Vertragsverhandlungen und letztwilligen Verfügungen, die Durchführung von gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichs- und Konkurs-, Vermögens- und Grundstücksverwaltungen, Testamentsvollstreckungen, die Erledigung aller steuerrechtlichen und sonstigen Verwaltungsangelegenheiten, die Vertretung von Außenständen an allen Plätzen usw.

Am Gegenfah zu allen anderen — vielfach unentgeltlichen — Personen, welche sich mit der Vertretung in rechtlichen Angelegenheiten befassen, unterzieht der Rechtsanwalt hinsichtlich der gewissenhaften Ausübung seiner Berufspflichten, sowie der Bemessung seines Honorars einer strengen Aufsicht und Disziplinierung.

Karlsruher Anwaltverein e. V.

Unentgeltliche Rechtsauskunft für nachweisbar Unbemittelte jeden Mittwoch, nachmittags 14 bis 15 Uhr, im Anwaltszimmer des Landgerichts, Hans-Thoma-Strasse 7.

Todes-Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß ist heute nacht meine liebe Frau, unsere zute Mutter

Susanna Wilhelm

geb. Bohrmann

in die ewige Heimat abgerufen worden.

In tiefer Trauer:
Josef Wilhelm und Kinder.

Beerdigung: Samstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus aus.

Karlsruhe-Rüppurr, 26. November 1931.
Rastatterstr. 26.

Todes-Anzeige.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Heinrich Maybach

ist in seinem 84. Lebensjahr, nach langem, schwerem Leiden, sanft entschlafen.

Karlsruhe, den 25. November 1931.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Samstag, den 28. November 1931, 12 Uhr.

Familien-Nachrichten.

Gestorben.

Richard Funt, 38 Jahre alt, Biorzheim. —
Barbara Ruf Witwe, geb. Raiser, 56 Jahre alt, Biorzheim. — Johanna Steger, geb. Stähle, 50 Jahre alt, Biorzheim. — Luise Deß Witwe, geb. Stähle, 60 Jahre alt, Steinegg. — Ida Scheuerle, 25 Jahre alt, Biorzheim. — Karl Scholl, 53 Jahre alt, Wimsheim.

liefert rasch und in tadelloser Ausführung
Tagblatt-Druckerei, Kaiserstr. 20/3, Tel. 18

„Das alles war wie ein Traum. Er kam kaum zum Ausdrücken...“

„Du hast dich denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Hatten die...“, sagte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Was hast du denn?“, fragte der Portier wieder. „Recht...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

„Der Hund fände mich. Der Portier hielt ihn noch zurück...“

